

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:  
 Geld oder Leben  
 Göbbels Zweimonats-Arbeiter  
 Die freie Hand in Danzig  
 Hure Statistik

### Der Angreifer

Bösartig wie am ersten Tage!  
 Als der deutsche Botschafter in London, Herr Ribbentrop, nach Hitlers Rede vom 30. Januar 1937 die deutschen Kolonialforderungen in London anzubringen suchte, fand er niemand, der sie entgegen genommen hätte. Es wurde ihm in der Presse, die der Regierung nahesteht, bedeutet, daß die englische Außenpolitik Ferien bis nach der Krönung habe. Das war eine kleine Revanche für die Verschleppung der englischen Vorschläge für einen Ostpakt im Jahre 1935. In der Tat haben die Westmächte bis zum heutigen Tage die Zügel so sehr schleifen lassen, daß die nationalsozialistische Politik sich in ihren Plänen ermutigt gefühlt hat. Namentlich im Südosten Europas hat sich eine Atmosphäre der Unsicherheit gezeigt, die böse Auflösungserscheinungen hervorgerufen hat.

Ebenso auflösend hat die Tendenz gewirkt, die wichtigsten Fragen der öffentlichen Diskussion im Völkerbund zu entziehen. Die Entwicklung von der Völkerbunddiplomatie zur Geheimdiplomatie alten Stils hat in diesen Monaten erhebliche Fortschritte gemacht — nicht zum Nutzen des Friedens in Europa.

Die nationalsozialistische Außenpolitik hat diese Pause benutzt, um ihr wahres aggressives Wesen nach Kräften zu veracheiern. Obwohl sie in Spanien Krieg führt, und obwohl sie im Südosten Europas eine aggressive Politik betreibt, die ein Gemisch aus terroristischer Erpressung, putschistischen Treibereien und falschen Freundschaftsbeteuerungen gegenüber einigen Ländern darstellt, bindet sie sich die Maske der Verständigungsbereitschaft vor. Herr Schacht reist in Angelegenheiten der wirtschaftlichen Verständigung, und Herr Blomberg ist in London als Hitlers neuester Friedensapostel aufgetreten — als der Generalfeldmarschall, dessen einzige Sorge die Verhinderung des Krieges ist.

Die braune Politik schiebt heute geflüstert die Westpaktpläne wieder in den Vordergrund, und sie hat dabei die Unterstützung Mussolinis — heute wie vor zwei Jahren. Diese nationalsozialistischen Pläne verfolgen eine ganz konsequente Linie: eine zeitlich begrenzte Sicherheitsgarantie im Westen zu geben, um im Osten aggressiv werden zu können. Das liegt der deutschen Ablehnung der kollektiven Sicherheit und der Idee des unteilbaren Friedens zugrunde. Deshalb wird ein System der regionalen Sicherheitspakete abgelehnt zugunsten von Einzelverträgen nach dem Muster des deutsch-polnischen oder des italienisch-jugoslawischen Vertrags, deshalb tritt Hitler für die Lokalisierung von Konflikten ein. Was dies in der Praxis bedeutet, hat der Fall Spanien gezeigt: freie Hand für den brutalen Angreifer, Preisgabe des unglücklichen Objekts des Angriffes.

Das sind die Thesen, mit denen die braune Politik den Frieden in Europa zerstören, den Revanche- und Eroberungskrieg vorbereiten will. Hitlers 13 Punkte vom Jahre 1935, sein sogenannter Friedensplan nach der Rheinlandbesetzung, die Eröffnungen, die Hitler jetzt auf diplomatischem Wege den Westmächten machen läßt, sind ein und dasselbe — nichts hat sich in den Zielsetzungen wie in den Methoden der braunen Politik geändert. Das ist der Rahmen, in dem sie manövriert.

Daß der braunen Politik heute eine Rüstungspause willkommen wäre, ist selbstverständlich; denn diese Rüstungspause würde heute bedeuten, daß England seine großzügige Aufrüstung abbremsen müßte, daß in dieser Pause die Politik des erpresserischen Bluffs, gestützt

# Der braune Luftkrieg in Spanien

## Ueberwältigende Beweise für den Bruch des Nichtinterventionsabkommens durch Deutschland

Wieder einmal sind die angesehensten englischen Zeitungen in Deutschland beschlagnahmt worden. Der Grund ist, daß sie überwältigende Beweise für die Tatsache vorlegen, daß deutsche Flieger das Verbrechen von Guernica begangen haben, und daß die Hitlerregierung systematisch das Nichtinterventionsabkommen bricht. Die Nummer der »Times«, die in Deutschland beschlagnahmt worden ist, legt folgende Beweise vor:

»Am 13. Mai wurde an der Bilbaofront ein deutsches Flugzeug Heinkel 51 abgeschossen. Der Pilot sprang mit einem Fallschirm ab und wurde gefangen genommen. Sein Name ist Hans Joachim Wandel. Er ist 23 Jahre alt und stammt aus Schlessien. Er hat Berlin am 22. April verlassen, ist über Rom nach Sevilla geflogen. In Vitoria stieß er zu zwei deutschen Geschwadern, die zusammen 24 Maschinen zählten. Sein Tagebuch enthält die Eintragung: Guernica, 26. April. Er gestand, daß deutsche Flugzeuge Guernica bombardiert hätten, aber redet sich persönlich darauf hinaus, daß er als Kampfflieger die Bombenflugzeuge nur begleitet hätte.

Am 12. April wurde der deutsche Flieger Hans Sobotka über Bilbao abgeschossen. Er flog eine Heinkel III. Sobotka hat Deutschland am 5. April verlassen, er ist ebenfalls über Rom nach Sevilla gekommen.

Insgesamt sind zehn deutsche Flieger über Bilbao abgeschossen worden, fünf davon sind mit dem Leben davongekommen. Ihre Dokumente, Pässe, Tagebücher usw., sind in der Hand der baskischen Regierung, sie sind den Vertretern der internationalen Presse zugänglich gemacht worden.

Das sind die Tatsachen, die das deutsche Volk nicht erfahren darf; denn diese Tatsachen strafen alle offiziellen deutschen Erklärungen Lügen, sie stehen in einem schreienden Gegensatz zu den Lügen, die die deutsche Presse täglich über diese Dinge auf amtlichen Befehl veröffentlichten muß.

auf den »Schadenwert« der deutschen Rüstung fortgesetzt werden könnte, das heißt auf die Furcht vor den ungeheuren Verwüstungen, die die deutsche Kriegsmaschine anrichten kann, selbst wenn sie nicht siegt; es würde bedeuten, daß das braune System Zeit gewinnt, um die Schäden und Schwächen seiner Rüstung auszubessern, die im spanischen Kriege hervorgetreten sind. Denn die Rüstungspause, auf die das braune System eingehen würde, denkt es sich nicht als Vorstufe zur Abrüstung, sondern als eine willkommene Etappe zur Konsolidierung seiner Militärmacht, als ein Sprungbrett zu neuer Aggressivität.

Das gleiche gilt für das, was Schacht unter wirtschaftlicher Verständigung versteht. Hier geht es dem System darum, seine Rüstung auf eine breitere und sichere wirtschaftliche Grundlage zu stellen, um so mehr, da allmählich das Mißverhältnis zwischen der Riesenrüstung Deutschlands und seiner autarken Wirtschaftskraft immer kritischer wird. Verständigung, so wie das braune System sie versteht, heißt also Begünstigung des braunen Macht- und Expansionsstrebens. Die braunen Expansionsziele werden

### Die Haltung von Labour

Seit Beginn der Offensive von Bilbao hat die Labourfraktion im englischen Unterhaus einen ununterbrochenen energischen Ansturm gegen die schreienden Verletzungen des Nichtinterventionsabkommens geführt. Sie hat bei diesem Feldzug moralisch das ganze Land hinter sich gehabt. Zu den neuen Beweisen über den deutschen Luftkrieg in Spanien schreibt der »Daily Herald«:

»Mr. Eden hat mehr als einmal versichert, daß fortgesetzte Nichtbeachtung des Nichtinterventionsabkommens durch ein Mitglied des Ausschusses eine »neue Situation« schaffen würde.

Seitdem haben sich überwältigende Beweise gehäuft, daß Deutschland systematisch das Abkommen bricht, indem es ausgebildete Piloten nach Spanien schickt. Der Paß des deutschen Fliegers Sobotka zeigt, daß er Berlin am 5. April verlassen hat, der deutsche Flieger Wandel hat erklärt, daß er Berlin am 23. April verlassen habe.

Das erste Datum liegt anderthalb Monate, und das zweite über zwei Monate nach dem Inkrafttreten des Abkommens über die Nichtentsendung von Freiwilligen nach Spanien. Das ist nicht das einzige Zeugnis, aber es ist das am leichtesten zu verifizierende. Und wenn die britische Regierung ernst meint, was sie über die Nichtintervention sagt, so müßte sie solche Beweise ernst nehmen, als sie es anscheinend tut.

Britische Seeleute opfern ihr Leben für die Nichtintervention. Nur wirkliche Nichtintervention kann ein solches Opfer rechtfertigen.

Wenn gefragt werden sollte — so wie Mr. Eden ziemlich hilflos zu fragen pflegt — was England tun könne, um dem Abkommen Achtung zu verschaffen, so scheint uns die Antwort hinreichend klar zu sein.«

### Die Regierungsumbildung in Spanien

Die spanische Regierung ist umgebildet worden. An die Stelle des Sozialisten Largo Caballero als Ministerpräsident ist der Sozialist Negrin getreten, an die Stelle des sozialistischen Außenministers del Vayo der

Linksrepublikaner Giral. Zum alleinigen Kriegsminister ist der Sozialist Prieto ernannt worden. Die Regierung stützt sich nach wie vor auf die Partelen der Volksfront und den sozialistischen Jugendverband. Nicht vertreten sind die anarchistische und sozialistische Gewerkschaftsorganisation.

Die Umbildung scheint eine direkte Folge der Spannungen zu sein, die durch den anarchistischen Aufstand in Barcelona hervorgerufen worden sind. Durch diese Umbildung scheint der Weg zu einem einheitlichen militärischen Oberkommando über alle Fronten und zur Koordinierung aller Streitkräfte der Republik gegen den faschistischen Feind freigezogen zu sein. Die neue Regierung erklärt, daß ihr Ziel der Endsieg über die Aufständischen sei, daß sie zu diesem Zwecke die Ordnung im Hinterland unerschütterlich aufrecht erhalten und eine einheitliche Leitung der Operationen herbeiführen werde. Sie wird sich dem Parlament unverzüglich vorstellen.

Die neue Regierung setzt also die Politik der kämpfenden Republik fort — vor allem in der internationalen Politik. Del Vayo wird als Führer der spanischen Völkerbundsdelegation diese Politik in Genf vertreten. Sie hält fest an der unerschütterlichen Linie des Rechts: die spanische Republik und ihre gesetzmäßige Regierung führen einen Abwehrkampf gegen den Angriff von innen und außen, gegen die faschistischen Rebellen und Verfassungsbrecher wie gegen ihre internationalen Hintermänner. Auf ihrer Seite ist das Verfassungsrecht wie die internationale Gesetzlichkeit. Diese Linie, die dem Kampf der spanischen Volksfront breiteste internationale Sympathien sichert, wird nach wie vor gegenüber dem Völkerbund wie gegenüber der Nichtinterventionspolitik festgehalten werden.

Diese Linie zu sichern gegen alle anarchistischen Experimente und Quertreibereien, und ihr alle anderen schwierigen innerpolitischen Fragen unterzuordnen im Interesse des Kampfes gegen den Faschismus, sie zu verfolgen bis zum Siege — das ist offenbar der Sinn dieser Umbildung.

dabei keineswegs verhüllt. Nach wie vor ist es der Sinn aller Manöver der nationalsozialistischen Politik, freie Hand im Osten zu erhalten, Sowjetrußland aus Europa hinauszudrängen. Nach wie vor bildet die Lösung der Beziehungen zwischen Frankreich und Sowjetrußland das Thema, das das deutsche Propagandaministerium systematisch seiner Aktivität zugrundelegt. Nach wie vor sucht es die Engländer zu überreden, daß sie diese Lösung von Frankreich verlangen sollten, damit die deutsch-englischen Beziehungen sich bessern, nach wie vor redet es auf die Franzosen ein, daß sie über den Russenvertrag hinwegleben müßten, wenn Frieden in Europa sein soll.

Freie Hand im Osten aber bedeutet: Sowjetrußland aus Europa hinausgedrängt, England und Frankreich an die Peripherie geschoben, Europa gegenüber eine isolationistische Haltung einnehmend, Hitler aber der eigentliche Herr Europas. Die Teilung des Friedens aber bedeutet den Krieg, den Hitlerkrieg, den das Dritte Reich vorbereitet.

Möge niemand sich durch die Manöver des braunen Systems täuschen lassen! Es hat nichts von seiner Bösartigkeit, seinen

gefährlichen Absichten, seiner Aggressivität aufgegeben — diese Aggressivität ist vielmehr sein eigentliches Wesen.

### Zersetzungsercheinungen

#### Darré gegen die nationalsozialistische Bauernschaft.

Der Zusammenbruch der Darréschen Agrarwirtschaft hat zu einem heftigen Konflikt zwischen Darré und den nationalsozialistischen Bauernschaften geführt. Seit längerer Zeit bestehen große Spannungen zwischen Darré und dem Leiter der nationalsozialistischen Bauernorganisation, dem Staatsrat Wilhelm Meinberg. Zwischen beiden haben schwere persönliche Auseinandersetzungen stattgefunden.

Darré benutzt nun einen Korruptionsskandal in der westfälischen Bauernschaft, um die unbenutzte Bauernopposition zu unterdrücken. In dieser Bauernschaft sind den Gerüchten zufolge unlautere Manipulationen im Umfang von mehreren Millionen Reichsmark aufgedeckt worden. Alle führenden Funktionäre dieser Bauernschaft sind ihrer Aemter entbunden worden. Diese Affäre hat in Westfalen gewaltiges Aufsehen erregt, so daß die »Rote



# Göbbels Zweimonats-Arbeiter

Gepäckmarsch zur »Arbeitersseele« — Potemkin plus »Zar und Zimmermann«

Erde, das nationalsozialistische Organ, die Erregung zu beschwichtigen sucht mit der Erklärung, daß diese Angelegenheit ausschließlich durch die verantwortlichen Stellen bereinigt werde, so daß die Öffentlichkeit keinen Anlaß hat, sich hineinzumischen.

Nun ist auch Meinberg seines Amtes enthoben worden, und eine völlige Reorganisation der Bauernschaft steht bevor. Das ist ein Symptom mehr für die Spannungen, die in der heutigen Wirtschaftslage Deutschlands auftreten, und für die Zersetzung, die damit verbunden ist.

## »Hier spricht die NSDAP«

Wuchergeschäften und Hobeitszeichen.

Die nationalsozialistische Partei scheut vor keinem Trick, vor keiner Erpressung und vor keinem arischen Dreh zurück, um sich jene Gelder zu beschaffen, die sie zur Fütterung ihres gewaltigen Bonzenapparates braucht. Jetzt ist ein Eigentümer von Häusern mit zumindest vier Wohnungen die Aufforderung gerichtet worden, eine einheitliche Haustafel der NSDAP zu beschaffen und anzubringen. Eine Tafel nämlich, an der die Mittelungen der Partei, der DAF, der KdF usw. angebracht werden können. Natürlich kann sich niemand der »Aufforderung« entziehen, ohne üble Folgen heraufzubeschwören, und in diesem Fall genießen auch die jüdischen Eigentümer volle Gleichberechtigung. — Wenn aber nun ein Hausbesitzer glaubt, er brauche nur eine beliebige Tafel zum Mitteilungsbrett der Partei zu ernennen, so irrt er sich. Der Hauptwitz ist vielmehr, daß diese Tafeln von der NSDAP bezogen werden müssen und Stück für Stück 2.80 RM kosten. Dafür tragen sie »im oberen Teil in weißer und roter Farbe das Hobeitszeichen der Partei und die Worte: »Hier spricht die NSDAP« und der Herstellungspreis beträgt keine 20 Pfennige.

Eine groteske Form der Sonderbesteuerung: die nationalsozialistische Partei zwingt den Hausbesitzer zur Anschaffung eines keineswegs erwünschten Gegenstandes, der nicht dem Käufer, sondern allein dem Verkäufer dienen soll — und erhebt bei dem einseitigen Handel einen Aufschlag von 900 Prozent. Diese Brandschatzung trägt der NSDAP einen Reingewinn von vielen Millionen Mark ein — aber der Wucher ist als »jüdisches Laster« verdammt worden, und einem Fleischermeister, der die Wurst 5 Pfennige über dem Höchstpreis verkauft, wird der Laden geschlossen.

## Geld oder Leben

Die Reichsfluchtsteuer als Einnahmequelle

Das Kapitalfluchtgesetz vom Jahre 1931 sollte die sogenannte legale Kapitalflucht nicht verhindern, sondern nur als Drohmittel wirken, und auch dieses sollte nur angewendet werden, wenn mit dem Kapital auch der Kapitalbesitzer abwanderte. Das Gesetz verbot weder die Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland noch das Mitnehmen des Vermögens. Es stellte beides nur gewissermaßen unter Strafe, indem von jedem, der seinen Wohnsitz ins Ausland verlegte und über ein Vermögen von mehr als 200.000 Mark oder ein Jahreseinkommen von mehr als 20.000 Mark verfügte, eine Kapitalfluchtsteuer genannte Strafe in Höhe von einem Viertel des Vermögens erhoben wurde.

Die Wirkung einer Drohung erweist sich darin, daß sie nicht ausgeführt zu werden braucht. Daß diese »Steuer« die beabsichtigte Wirkung getan hat, ergibt sich aus ihrem winzigen Ertrag von knapp 2 Millionen. Im Dritten Reich hat sie sich aber aus einem Mittel der Abschreckung in eine Einnahmequelle verwandelt. Hatte die Drohung, die in der Republik wirksam gewesen war, plötzlich ihre Wirkung eingebüßt? Aber das Dritte Reich hätte eines Drohmittels gar nicht bedurft, denn es kann die Kapitalflucht weit wirksamer durch sein staatliches Monopol der Devisenbewirtschaftung verhindern. Wie kommt es, daß die Kapitalfluchtsteuer gerade unter einem Regime ergiebig wurde, das die Mittel, Kapitalflucht zu verhindern, fast zur Vollkommenheit entwickelt hat?

Die Ursache ist, wie die »Frankfurter Zeitung« vom 16. Mai verrät, »die vom Jahre 1933 an in stärkerem Maße beginnende jüdische Auswanderung ins Ausland.«

Um auch die kleinsten Vermögen sich nicht entgehen zu lassen, hatte man vorsorglich die Freigrenze für das fluchtsteuerpflichtige Vermögen von 200.000 auf 50.000 Mark herabgesetzt. Der Steuerertrag stieg denn auch in vier Jahren Drittes Reich auf 172

Millionen. Das entspricht einem steuerpflichtigen Vermögensbetrag von 690 Millionen und einem abgewanderten Teil desselben von 500 Millionen Mark.

170 Millionen sind ein kleiner Teil der Steuereinnahmen und ein winziger Teil der Staatsausgaben von vier Jahren Drittes Reich. Kann man sich vorstellen, daß Schacht, um sich eine relativ geringe Steuereinnahme nicht entgehen zu lassen, auf Devisen in einem Betrage verzichte, der zur Bezahlung der Einfuhr von fast zwei Monaten ausreichen würde? Tatsächlich ist kein Kapital geflohen und brauchte kein Devisenverlust verschmerzt zu werden. Das wird von der »Frankfurter Zeitung« offen zugegeben. Sie schreibt, die Steuerschuld entstehe ja nicht aus der Übertragung von Vermögen, sondern aus der Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland. »Etwa vom Hausrat abgesehen« dürfte »nur ein geringer Teil der erwähnten Summe tatsächlich ins Ausland übertragen worden sein.«

Dieser Göbbels-Trick hat tiefere soziale und psychologische Ursachen. In der breiten Reihe der braunen Führergarnitur, gibt es kaum einen, dessen gesellschaftlicher und menschlicher Ausgangspunkt die Arbeiterschaft war. Die Vorkämpfer

des Dritten Reiches und die jetzigen Besitzer von Stellen und Sinekuren sind durchweg soziale Desperados, Gescheiterte oder privat zu kurz Gekommene, einstige Militärs und Freischärler, entwurzelte Kleinbürgersöhne, gescheiterte Studenten, vermischt mit einigen früheren Angestellten, von denen die wenigsten in ihrem Leben ordentlich gearbeitet und Brauchbares in einem festen Beruf geleistet haben. Sie wurden auf ihre Posten berufen als »alte Kämpfer«, deren praktische Lebenserkenntnis zum größten Teil auf rauhem SA- und SS-Dienst beruhte. Der Maßstab für ihre Fähigkeit war vor allem ihre Bewährung in Straßen- und Saalschlachten und die Reihe ihrer Erfolge gegen Marxisten und »Novemberverschöner«.

Gibt es einen besseren Typus dieser zur Staatsführung berufenen Gestalten als Göbbels selber? Jetzt sollen sich die »Volksgenossen« Ministerial- und Regierungsräte unter die wahre Volksgemeinschaft mischen: zwei Monate lang hat man ihnen »Arbeiterschicksal« zudiktieren. Zum nicht geringen Erstaunen der Arbeiter selber. Ihr Leben und ihre Lebensanschauung beruht gerade auf der Dauerhaftigkeit und Ausweglosigkeit ihres Daseins; auf dem immanenten Gefühl der sozialen Benachteiligung im kapitalistischen Wirtschaftssystem, das sie unter unentrinnbarem Zwang zum Verkauf ihrer Arbeitskraft genötigt hat. Darüber hinaus ist die deutsche Arbeiterschaft unter dem Dritten Reich ihrer politischen Freiheit, ihrer wirtschaftlichen Freizügigkeit und ihrer gewerkschaftlichen Selbsthilfe beraubt worden. Die Beamten und Würden-

träger aber, die Göbbels jetzt für zwei Monate in die Betriebe schickt, wissen genau, daß nach Ablauf dieser Frist alles wieder so standesgemäß und honorig wird wie zuvor. Sie erleben nicht einen Augenblick wirklichen proletarisches Schicksal, sondern sie haben nur einen kurzen Gepäckmarsch ins Proletarische angetreten. An seinem Ende stehen wieder das Beamtensalar und die uniformierte Befehlsgewalt, die ihnen ihr Führer zusammen mit dem guten Posten verlieh.

Die Aera der »Novemberverschöner« hat solche Mätzchen nicht nötig gehabt. Unter den Ministern der Republik und unter ihren Beamten gab es viele, die aus der Arbeiterschaft hervorgegangen waren. Sie wurden durch ihre eigene harte Lebenserfahrung bestimmt und gebildet. Das Verständnis für die Arbeiterschaft war Ausgangspunkt ihres Denkens und Leitsatz ihrer verantwortlichen Arbeit für den Staat. Sie brauchten also nichts »nachzuholen«, wie es jetzt den braunen Amtsträgern anbefohlen wird.

Göbbels spielt im potemkinschen Dorfe mit seinen Männern dem deutschen Volke die bekanntesten Partien aus der Oper »Zar und Zimmermann« vor. Das ist der Sozialismus, mit dem es dem Nationalsozialismus »bitter ernst« ist! Der Zweimonatsarbeiter des Herrn Göbbels hat keine andere Aufgabe, als dem wirklichen deutschen Arbeiter glauben zu machen, daß das Dritte Reich sein Paradies sei: wo man ihn an die sichere Kette des Unternehmertums gelegt und ihn oben-drein noch verhöhnt.

ein Angriff gegen die künstlich aufgestellte Totalität erfolgt, zieht sich das System auf das »Stürmer«-Niveau zurück. Die innige Vermengung von Politik und Sexualität, die die biologische Weltanschauung des Nationalsozialismus kennzeichnet, liegt dann für jeden offen zutage. Die Politik wird pornographisch. Die deutschen Zeitungen der letzten vierzehn Tage, bis zum kleinsten Dorfblättchen regierungs-offiziell, stellen nicht nur ein ungeheuer beschämendes Unikum in der Geschichte der Weltpresse dar, sie sind auch ein Zeugnis der Erniedrigung des deutschen Volkes unter der nationalsozialistischen Diktatur.

Dazu dürfen wir feststellen, daß von unserer Seite niemals etwas anderes über die Hitlerei gesagt worden ist! Wir unterzogen uns der schweren Aufgabe, die historische Wahrheit über das Wesen des Nationalsozialismus, der aus allen Gründen seines Werdens und der persönlichen Qualifikation seiner entscheidenden Akteure sich gegenüber jeder »Normalisierung« völlig und ständig unzugänglich zeigen muß, nicht aus Parteivoreingenommenheit und in Anbetracht nicht-maßgeblichen persönlichen Schicksals, sondern um des Rechtes und der europäischen Gesittung willen. Faktoren, von denen wir wissen, daß gegen sie auch vor allem die Bahn unseres eigenen Heimatlandes in Unglück und Verderben enden muß. Wenn wir heute Bundesgenossen im Kampfe um diese schlichte Wahrheit gefunden haben — nun, sie kommen spät, da es nunmehr freilich auch im eigenen Hause brennt, aber hoffentlich immer noch nicht zu spät! H. E.

Der neudeutsche Pour le merite  
Gangster-Imperialismus mit Eichenlaub und Schwertern  
»Mit Zustimmung des Führers und Reichskanzlers hat der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes den Herren des Deutschen Akademischen Austauschdienstes Dr. Alfons Adams, Karl Sipprien und Heinrich Daneyko, die sich in Ausübung ihrer Tätigkeit auf ihren Dienststellen in Madrid bzw. Barcelona befanden, in Anerkennung ihrer Verdienste um den Schutz deutschen Lebens und Eigentums während der Bürgerkriegswirren in Spanien das Verdienstkreuz des Ehrenzeichens des Deutschen Roten Kreuzes verliehen.«

Auf dem Felde der Ehre beziehungsweise der »Dienststelle« geht es nun einmal dekorativ zu, wie die obige deutsche amtliche Meldung, die wir dem Organ dieses »Austauschdienstes« entnehmen, beweist! Die deutschen Fliegerbrandbomben über dem Baskenland und die Medallien auf den Heldenbrüsten Göbbelscher Gangster-Propagandisten gehören moralgeschichtlich durchaus zusammen: made in Hitler-Germany . . .

## Gegen den geschäftstüchtigen Papen-Bluff!

Hitlers Nationalsozialismus: falsch und richtig gesehen.

Auf die große Politik in den letzten vier Jahren hat ohne Zweifel jene von Papen und geistesverwandten »nationalen« und reaktionären Größen geflüssentlich und aus sehr durchsichtigen Motiven ausgegebene Versöhn über den deutschen Nationalsozialismus eine besonders verhängnisvolle Wirkung ausgeübt, daß Hitlers »Bewegung« sehr bald und leicht aus den Abscheulichkeiten ihrer Rüpeljahre ins »normale« Fahrwasser einer konservativ-autoritären Zeitströmung zu überführen wäre. Bekanntlich hat, beeindruckt von dieser Fälscher-Darstellung des wirklichen Wesens der Hitlerei die römische Kurie als erste »souveräne Macht« ihren Staatsvertrag mit Hitler abgeschlossen und bestimmte sehr starke Tendenzen der englischen Politik, die sich mit dem saturierten Pazifismus des Empire trafen, durften dieses so geschaffene Faktum als diplomatische Präjudizierung auffassen und bis heute benutzen, von neben-sächlichere Auswirkungen dieser fatalen geschichtlichen Fälschmünzerei an anderen Stellen des internationalen diplomatischen Nebeneinanders ganz zu schweigen.

Es erscheint darum von besonderer Bedeutung, wenn nunmehr gerade eine Stelle von diesem großen Papen-Bluff abrückt, deren gewinnungsverwandte Vorgesetzte in Rom sich rühmen dürfen, als erste »den Staatsmann Hitlers« unter jenen entweder tölpelhaften oder tartüffelmäßigen eigenen Voraussetzungen anerkannt zu haben. In den Randbemerkungen, mit denen die letzte Aus-

gabe der streng katholischen Pariser Korrespondenz »Kulturkampf« den gegenwärtigen Schmutz- und Schundfeldzug des Regimes gegen die katholische Kirche jetzt verleiht, befindet sich folgendes Generalurteil über den Nationalsozialismus, von dem wir wünschen, daß es — als der Wahrheit besser dienend als Papens Schwerenötere — in allen Auswärtigen Ämtern affiziert würde:

»Hinter den aktuellen politischen Beweggründen der Kampagne sind andere Motive wirksam. Es ist notwendig, auf sie hinzuweisen; es wird der Welt nicht erspart, von ihnen Kenntnis zu nehmen, denn sie bestimmen politische Aktionen und es ist nicht überflüssig, zu wissen, wie die Psyche der Männer aussieht, die heute die Geschichte Deutschlands lenken. Wir haben in diesen Blättern oft auf die strukturelle Bedeutung des »Stürmers« für den Nationalsozialismus hingewiesen. Wir haben dargestellt, daß der »Stürmer« nicht nur ein durch und durch wahres Bild des Nationalsozialismus vermittelt, daß er vielmehr unmittelbarer Nationalsozialismus ist. Er stellt eine historische und psychologisch ursprüngliche Stufe des Nationalsozialismus dar, die ihre volle Gültigkeit auch heute bewahrt und, so lange der Nationalsozialismus existiert, immer bewahren wird. In »normalen« Zeiten, d. h. dann, wenn der Nationalsozialismus seine Macht für konsolidiert hält, bleibt die »Stürmer«-Gefühlswelt den sozial niedrigeren Schichten reserviert. Es scheint aber, daß der Nationalsozialismus die politische Höhenluft nicht erträgt. Sobald



## Demokratie im Fernen Osten

Japanischer Sozialismus.

Wenn von den faschistischen Großmächten die Rede ist, pflegt man neben Deutschland und Italien auch Japan zu nennen. Die letzten Parlamentswahlen in Japan haben uns aber in Erinnerung gebracht, daß dieses Land, so groß auch die Macht seiner Militärreaktion sein mag, immer noch weit davon entfernt ist, so geknechtet wie Italien oder gar Deutschland zu sein. Das hervorstechendste Kennzeichen dieser Wahlen war der Aufschwung, den die sozialistische Partei bei ihnen genommen hat. Ist die Partei auch noch im Verhältnis zu den alten Parteien klein, so zeigt doch sie allein ein kräftiges Wachstum, während die anderen im Abstieg sind.

Ueber das Wesen der sozialistischen Partei Japans, die »Sozialpartei der Massen«, unterrichtet ein Aufsatz von Mitsu Kahno, der im Tokioter »Japan Contemporary« erschienen ist.

Es gibt in Japan seit 1932 zwei proletarische Organisationen, den Gewerkschaftsbund und die Sozialpartei der Massen, die jetzt bei den Wahlen gemeinsam aufgetreten sind. Sie gehen auch auf einen gemeinsamen Ursprung zurück, die im Jahre 1911 gegründete Gesellschaft »Yualka« oder Gesellschaft der Freunde. Anfangs verfolgte die Arbeiterbewegung nur ökonomische Ziele. Durch die Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts im Jahre 1925 änderte sich aber die Situation. Die Bewegung politisierte sich, um alsbald in drei Richtungen zu zerfallen: eine agrarisch-kommunistische Linke, eine sozialdemokratische Rechte, und eine Mitte, der die Sozialpartei der Massen zugehörte. Nachdem bei den Wahlen von 1928, 1930 und 1932 alle Gruppen nur sehr geringe Erfolge erzielt hatten, kam es unter Führung der Mitte und mit Unterstützung der Gewerkschaften zu einer Einigung. Die Gewerkschaften kämpften unter der Parole: Eine gesunde Arbeiterbewegung, antikapitalistisch, antikommunistisch und antifaschistisch! Die Sozialpartei der Massen, die im Jahre 1932 gegründet wurde, protestierte gegen den Austritt Japans aus dem Völkerbund und trat für einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion ein. Die Schwäche der alten Parteien im Kampfe gegen den Faschismus führte ihr neue zahlreiche Anhänger zu. In ihrem Programm fordert sie Verstaatlichung der Großindustrie, Alterspensionen, soziale Steuerreform und allgemeine Koalitionsfreiheit, besonders auch in der Landwirtschaft. Eine Volksfront nach europäischem Muster lehnt sie ab.

Im »faschistischen« Japan gibt es also eine sozialistische und demokratische Arbeiterbewegung. Und sie entwickelt sich gut.

## Ein Bischof für Dibelius

Katholiken und Bekenntnischristen in einer Front.

Unter den Bischöfen, die den Kampf gegen das Hakenkreuz mutig aufgenommen haben, verdient der von Münster, Graf von Galen, besondere Hervorhebung. Eine Predigt, die er vor kurzem hielt, ist auch deshalb besonders bemerkenswert, weil sie die Solidarität des streitbaren Katholizismus mit dem evangelischen Bekenntnischristentum proklamiert. Graf von Galen sagte:

»Zwei Monate habe ich geschwiegen und darauf gewartet, daß Reichsminister Kerl es widerlege, vor dem Evangelischen Landeskirchenausschuß gesagt zu haben, es sei zum Lachen, daß das Christentum in dem Glauben an Christus als den Sohn Gottes bestehe. Aber nichts Derartiges ist geschehen, und so müssen wir wohl mit tiefstem Schmerz es als erschütternd bezeichnende Tatsache feststellen, daß der Mann, dem unser Führer und Reichskanzler die staatliche Fürsorge für die kirchlichen Angelegenheiten, für die christlichen Bekenntnisse in Deutschland anvertraut hat, es lächerlich findet, wenn wir bekennen und daran festhalten, daß die Lehre von der Gottheit Jesu Christi der Inbegriff des Christentums ist. Was uns heiligste Ueberzeugung ist, was wir gestützt auf Gottes gnädige Offenbarung als wichtigste und alles beherrschende Tatsache der Weltgeschichte erkennen, darüber wagt dieser Mann zu lachen!...

Die Göbbels-Rede auf der nationalsozialistischen sogenannten Kulturtagung in Danzig und die kurz vorher im Danziger Volkstag erfolgte Abstimmung über die Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes für den Danziger Senat haben in der letzten Woche in der europäischen Öffentlichkeit wieder zu lebhaften Kommentaren über die Lage in Danzig Veranlassung gegeben. In der Tat stellten sie zwei Demonstrationen des Nationalsozialismus im Osten dar, die Aufmerksamkeit verdienen. Ueber den authentischen Text der Danziger Rede des Reichsministers Göbbels ist ein Rätselraten entstanden; Berichterstatte einzelner Blätter hatten gemeldet, daß Göbbels die Freie Stadt Danzig als eine »groteske Konstruktion« bezeichnet und als Lösung des Problems ihre Eingliederung ins Dritte Reich recht deutlich in Aussicht gestellt hätte. Von Danziger und reichsdeutscher Seite wurden solche Äußerungen in Abrede gestellt, und auch polnischerseits sind sie dementiert worden. Gewiß ist aber, daß die Rede — was für Formulierungen sie auch im einzelnen enthalten haben mag — eine bewußte Demonstration darstellen sollte, und daß auch der bereits angekündigte weitere Besuch eines Reichsministers in Danzig. Heß, kaum den Charakter einer Reise in die Sommerfrische haben wird.

Um sich ein richtiges Bild von dem Sinn der neuerlichen deutschen Ministerreisen nach Danzig machen zu können, ist es notwendig, sie im Zusammenhang mit der Entwicklung zu betrachten, die in Danzig seit der Januartagung des Völkerbunds vor sich gegangen ist, und die jetzt einen gewissen Höhepunkt erreicht hat. Bekanntlich hatte die Regierung der Republik Polen in der Septembertagung des Völkerbunds von diesem den Auftrag erhalten, die Lage in Danzig zu prüfen und Mittel vorzuschlagen, die zur Bereinigung des Danziger Verfassungskonflikts führen könnten. Polen hatte im Januar dem Rat nur in sehr allgemeinen Formulierungen Bericht erstattet, und zwar auf Grund von Besprechungen, die die polnische Regierung kurz vorher mit dem Senat der Freien Stadt Danzig gehabt hatte. In diesen Besprechungen waren direkte Verhandlungen vereinbart worden, die das Ziel haben sollten, gewisse Danzig-polnische Streitfragen aus der Welt zu schaffen und neue Vereinbarungen über die wirtschaftlichen Rechte Polens, sowie über die Rechte der polnischen Minderheit in Danzig zu treffen. In der Zwischenzeit sind nun solche Verhandlungen gepflogen worden. Sie schienen sich von Anfang an nicht sehr leicht zu gestalten, sie wurden mehrfach unterbrochen, aber heute wird von eingeweihten Kreisen bereits ganz offen erklärt, daß sie gescheitert sind. Wie man hört, soll die intransigente Haltung des Senats die Ursache der bisherigen ergebnislosen Bemühungen sein.

Gleichzeitig mit den fruchtlosen danzig-polnischen Verhandlungen ging im Innern Danzigs die Jagd nach der Zweidrittelmehrheit im Danziger Landesparlament, dem Volkstag, vor sich, über die wir bereits eingehend berichtet haben. Unter Anwendung aller möglichen Mittel zur Ausschaltung oppositioneller Abgeordneter und der Terrorisierung und Korruption ihrer Nachfolger im Volkstag vermochte es die NSDAP mit Hilfe der Politischen Polizei, fast soviel Mandate für sich zu erpressen, wie zu einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit erforderlich waren. Der Fall des sozialdemokratischen Abgeordneten Gedeck, dem man während der Haft eine Bereitwilligkeitserklärung abgepreßt hatte, für eine Verfassungsänderung zu stimmen, hat diese Methoden der Nationalsozialisten am deutlichsten beleuchtet.

Mag der Minister lachen! Für uns ist diese Lage und ihre Klarstellung durch den Herrn Minister wahrhaftig nicht zum Lachen. Nein, sie ist furchtbar ernst. Das müssen wir ganz klar sehen. Wir müssen dieser christentumfeindlichen Front

in treuer Kameradschaft mit unseren evangelischen deutschen Brüdern, für die ein Zoelner, ein Dibelius gesprochen und sich zum Glauben an die Gottheit Christi bekannt haben, ins Auge sehen und ihr standhalten. Noch ist die Front der wirklichen christlichen Deutschen, die unentwegt

# Die »freie Hand« in Danzig

## Vom Todeskampf der Danziger Verfassung

Gedeck floh nach seiner Haftentlassung ins Ausland und verzichtete von dort auf sein Mandat. Die Verzichtserklärung erhielt der nationalsozialistische Volkstagspräsident drei Stunden vor Stattfinden der Volkstagsitzung, in der ohne Zweifel die Vorlage einer Verfassungsänderung im Sinne der Nationalsozialisten beabsichtigt war. Wenn sie nicht der Ablehnung verfallen sollte, mußte sie nun zurückgezogen werden, da die ausschlaggebende Stimme fehlte.

Ueberraschend legte der Senat deshalb in dieser Sitzung als Ersatz einen Gesetzentwurf vor, der die seit 1933 bestehende Ermächtigung des Senats, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, um weitere vier Jahre verlängerte. Durch das Fehlen einiger oppositioneller Abgeordneter entstand eine Zufallsmehrheit von Zweidritteln der anwesenden Abgeordneten, welchen Umstand nun die NSDAP zur Demonstration benutzte, obwohl das Ermächtigungsgesetz seinem Wortlaut nach — es betont ausdrücklich, daß es nicht verfassungsändernd sei — nur der Zustimmung der einfachen Mehrheit der Abgeordneten bedurfte. Selbstverständlich haben damit die Versuche der Nationalsozialisten, die endgültige Zweidrittelmehrheit im Volkstag herzustellen, nicht ihr Ende gefunden. Seit vier Wochen bereits befindet sich der Nachfolger Gedecks im Volkstag, der frühere Vorsitzende der Danziger Arbeitersportler, Thoma, in Schutzhaft, wo von ihm mit den gleichen Mitteln eine Unterwerfungserklärung erpreßt werden soll. Und auch andere oppositionelle Abgeordnete werden von diesen Nötigungsversuchen nicht verschont.

Bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz — gegen das Sozialdemokratie und Zentrum geschlossen ihre Stimmen abgaben — hat besonders die Rolle der bisherigen drei deutschnationalen Abgeordneten Aufmerksamkeit hervorgerufen. Einer dieser drei Abgeordneten, der Rechtsanwalt Weise, war bekanntlich schon Ende des vorigen Jahres unter dem Druck mehrerer willkürlich gegen ihn eingeleiteter Strafverfahren wegen angeblicher Steuerhinterziehungen und Devisenvergehens und schließlich wegen Waffenbesitzes den Erpressungen der Nationalsozialisten unterlegen. Seitdem war von den Strafverfahren gegen ihn keine Rede mehr. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Blavier wurde während einer viermonatigen Schutzhaft zum Verzicht auf sein Mandat gezwungen, und sein Nachfolger Jonas, ein erwerbsloser Schlosser, fiel den Nazis bald zur Beute. Weise und Jonas stimmten also für das Ermächtigungsgesetz. Der dritte deutschnationale Abgeordnete, der Kaufmann Steinbrück, enthielt sich der Stimme.

Der Fall Steinbrück ist in Danzig heute Tagesgespräch. Nachdem die Nazis alle möglichen wirtschaftlichen Druckmittel gegen ihn vergeblich angewandt hatten, um ihn zur Zustimmung zu bewegen — zum Terror griff man nicht, da Steinbrück dem Konsularkorps angehört — versprach ihnen Steinbrück endlich, sich wenigstens der Stimme zu enthalten, wenn er schon nicht gegen das Ermächtigungsgesetz stimmen würde. Jedoch unter einer Bedingung: Die Nazis müßten ihm 10.000 Danziger Gulden (10.000 Zloty) zum Zwecke der Entschädigung der Opfer nationalsozialistischer Terrorakte in Danzig zur Verfügung stellen. Tatsächlich gingen die Nazis auf diese Bedingung ein. Am Tage nach der Abstimmung übergaben sie Steinbrück 10.000 Danziger Gulden, die dieser dann, ohne ein Geheimnis daraus zu machen, unverzüglich den Terroropfern zuleitete. — Als Partei sind die Deutschen nationalen übrigens inzwischen auch dem Terror erlegen. Sie haben unter dem

für die Gottheit Christi eintreten, unerschüttert. Ihre Bekenner und Vorkämpfer sind nicht nur die treuen Kinder der Katholischen Kirche, auch unzählige evangelische Christen stehen mit den genannten evangelischen Kirchenführern hier in der gleichen Front!

Hitler einigt das deutsche Volk immer mehr — gegen sich. Diese wahre Einheit, die alle Konfessionen, Parteien und Klassen umschließt, wird eines Tages über die falsche Einheitsfront der Lüge und der Gewalt obsiegen.

Druck des Gauleiters der NSDAP in Danzig, Forster, ihre Auflösung »freiwillig« beschlossen. Das hindert jedoch nicht, daß ihre gesinnungsmäßigen Anhänger nach wie vor der Opposition treu geblieben sind.

Es ist im Zusammenhang mit der Abstimmung im Volkstag übrigens als ein Symptom gewertet worden, daß die beiden polnischen Abgeordneten unter dem Ausdruck lebhaftesten Protestes ihre Stimmen gegen die Ermächtigungsvorlage des Senats abgegeben haben. Das wäre von der Danziger Bevölkerung noch vor einigen Wochen nicht als eine Selbstverständlichkeit angesehen worden, so sehr auch die polnische Minderheit stets mit dem nationalsozialistischen Regime in Danzig unzufrieden war. Auch von der polnischen Presse ist diese Tatsache besonders hervorgehoben worden.

Es scheint schließlich, daß auch die Nationalsozialisten an ihr nicht achtlos vorübergegangen sind. Mitten in den Tagen der Demonstrationen ihrer »totalen« Macht in Danzig hat der Gauleiter Forster plötzlich in einer Rede erklärt, daß die NSDAP zwar in der Lage sei, dem Danziger Volkstag eine Verfassungsänderung vorzulegen und alle Parteien zu verbieten (gemeint ist das Zentrum), daß sie das aber gar nicht wolle (!), weil sie die »Einheit aller Deutschen« in Danzig »auf göttlichem Wege« herstellen wolle. Herr Forster hat sich nicht geschaut, das zu erklären, während seine Polizei nicht aufhört, Drangsalierungen gegen die oppositionellen Abgeordneten anzuwenden, und während der Sozialdemokrat Thoma noch in Schutzhaft sitzt, wo er zum Uebertritt zur NSDAP gepreßt werden soll.

Es ist unschwer zu erraten, aus welchem Grunde Forster plötzlich diese Friedensschalmei angestimmt hat. Er will den Garanten der Danziger Verfassung, den Völkerbund in Genf, nicht in die »Verlegenheit« bringen, zu den Verfassungsänderungsplänen der Nazis Stellung nehmen zu müssen. Die Maitagung des Völkerbunds steht vor der Tür, und die Herren Nationalsozialisten haben die Hoffnung, daß der Garant der Danziger Verfassung auch weiter gegen das Regime des permanenten Verfassungsbruchs in Danzig kein Machtwort sprechen wird, besonders, wenn man ihm nicht den »formalen« Anlaß eines Beschlusses zur Verfassungsänderung bietet. Werden sie Recht behalten? — Die Danziger Verfassung stellt in der Tat nur noch eine »Formalie« dar, ihr Inhalt ist längst verfälscht, die Demokratie ist der Gewalt des Partei- und Polizeiregimes gewichen.

Der andere Grund für das Verhalten Forsters — er wurde oben schon angedeutet — ist noch klarer. Er will auch Polen im jetzigen Stadium der Dinge nicht auf den Gedanken kommen lassen, daß es vielleicht an der Zeit sei, wieder einmal den Völkerbund mit dem Danzig-Problem zu beschäftigen, wozu der Verfassungskonflikt wahrhaftig Anlaß genug böte, ganz abgesehen von den augenblicklich wieder akut gewordenen direkten Danzig-polnischen Streitfragen. Herr Forster sagt sich: Isterst die Maitagung vorbei, so hat man Zeit genug, vor der Septembertagung vollendete Tatsachen zu schaffen. In Danzig ist diese erprobte Taktik der Nazis schon so allgemein bekannt, daß sich niemand mehr durch sie verblüffen läßt.

## Die Mutfrage

Immer mehr deutsche Zeitungen haben Grund, sich gegen anonyme Zuschriften zu verwahren. So schreibt »Die Frau am Werk« das Frauenblatt der DAF — in ihrer Aprilnummer:

»Noch ein Wort über anonyme Zuschriften! Wir wollen hier einmal ganz davon absehen, daß es nicht gerade von aufrechter Gesinnung zeugt, wenn einer nicht den Mut hat, unter sein Schreiben auch seinen Namen zu setzen... Wir müssen es aber grundsätzlich ablehnen, auf derartige Zuschriften in irgendeiner Form einzugehen!«

»Wenn einer nicht den Mut hat...« schon recht. Aber wann endlich wird eine deutsche Zeitung den Mut haben zuzugeben, daß es im Dritten Reich an Selbstmord grenzt, eine ernsthafte Kritik am Regime mit Namen und Adresse zu zeichnen? »Geh weg, du feiger Hund, laß mich hintern Baum!« heißt ein kerndeutsches Soldatenwort.



# Hure Statistik

## Dreißig Prozent oder 1-2 Prozent? Wer schreibt das Arbeitseinkommen richtig?

Die Zeitschrift »Wirtschaft und Statistik« (1. April-Heft) enthält einen Aufsatz »Das Arbeitseinkommen im Jahre 1936«, darin heißt es:

»Rechnet man das Arbeitseinkommen mit Hilfe der Indexziffern für die Lebenshaltungskosten auf gleichbleibende Kaufkraft um, so zeigt sich, daß das Realeinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Jahre 1936 über das des Jahres 1929 bereits etwas hinausging und den des Jahres 1928 gleichkam.«

Danach wäre nicht nur die Warenerzeugung, sondern nach Behauptung des Statistischen Reichsamts auch das reale Arbeitseinkommen der vorhitterischen Konjunkturperiode überschritten, zumindest erreicht. Aber selbst der unwahrscheinlichen Voraussetzung, daß die amtliche Schätzung des Arbeitseinkommens und die amtlichen Indexziffern der Lebenshaltungskosten mit der Wirklichkeit übereinstimmen, trifft die Behauptung nicht zu. Das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten betrug nach dem Statistischen Reichsamt 1929 43, 1936 35 Milliarden. Das Geldeinkommen von 1936 blieb also hinter dem von 1929 um etwa 25 Prozent zurück. Der Index der Lebenshaltungskosten (1913/14 = 100) stand 1929 auf 154, 1936 auf 124. Danach waren also die Lebenshaltungskosten 1929 um 20 Prozent höher, das Geldeinkommen um 25 Prozent niedriger gewesen als 1936, die Geldlöhne also seither stärker gesunken als die Lebenshaltungskosten, demnach das Realeinkommen des Konjunkturjahres der Republik im vierten Jahre des Dritten Reiches nicht überschritten, sondern noch nicht erreicht.

Aber 1929 gab es keinen Nahrungsmittelmangel, daher auch keine amtlichen Höchstpreise, die im Schleichhandel und mit Schleichhandelspreisen umgangen worden wären. Die Differenz zwischen den Preisen, die für Nahrungsmittel wirklich gezahlt werden mußten, und denen, die der amtlichen Schätzung der Lebenshaltungskosten zugrundelagten, war 1929 nicht annähernd so groß wie unter Hitler, daher auch der amtliche Lebenshaltungskostenindex nicht annähernd so wirklichkeitsfern. Nimmt man dazu das immense Mehr an Abzügen, so ergibt sich, daß der Abstand vom Aufschwungsjahr 1936 zum Konjunkturjahr 1929 nicht, was die Gewinne der Unternehmer, aber was das Arbeitseinkommen anlangt, noch ziemlich groß ist.

Wenn es wirklich zuträfe, daß das Arbeitseinkommen, auf Lebenshaltungskosten umgerechnet, bereits den Stand von 1929 überschritten hat, um wieviel mehr müßten das Realeinkommen den Krisentiefstand von 1932 hinter sich lassen. Nach der amtlichen Schätzung betrug das Arbeitseinkommen 1932 23,7, 1936 35 Milliarden. Das wäre also eine Zunahme des Geldeinkommens um fast 50 Prozent. Um wieviel ist in dieser Zeit das Realeinkommen gestiegen? Es wäre allzu blamabel, wollte die amtliche Statistik die inzwischen eingetretene Teuerung gänzlich leugnen. Nach der Angabe in »Wirtschaft und Statistik« ist das Arbeitseinkommen, gemessen an den Preisen von 1928, also das Realeinkommen von 32,3 auf 42,3, demnach um etwa 30 Prozent gestiegen. Das würde aber nur stimmen, wenn man den amtlichen Lebenshaltungskostenindex als richtig ansieht. Der Index der Lebenshaltungskosten betrug im Durchschnitt 1932 120,9, 1936 durchschnittlich 124,5. Das wäre also eine Teuerung um nicht mehr als 3 Prozent. Ein Vergleich nicht der wirklich gezahlten, sondern der amtlichen Einzelhandelspreise erweist die Absurdität der Indexberechnung und führt die Berechnungen der amtlichen Statistiken und ihren Vergleich sowohl mit der Konjunkturzeit wie mit der Krisenzeit der Republik ad absurdum.

Es kosteten nach »Wirtschaft und Statistik« im Einzelhandel in Rpfg. je Kilo:

	21. Dez. 1932	19. März 1937
Erbsen . . . . .	43	68
Speisebohnen . . . . .	37	50
Kartoffeln . . . . .	6	8 1/2
Möhren . . . . .	12	24
Rindfleisch . . . . .	144	169
Hammelfleisch . . . . .	155	233
Schweinefleisch . . . . .	146	160
Speck . . . . .	185	212
Vollmilch . . . . .	24	24
Molkereibutter . . . . .	249	313
Eier, je Stück . . . . .	11	12

Abgesehen von der indirekten Verteuerung durch Verschlechterung der Qualität, vor allem bei Brot und Butter, abgesehen davon, daß viele Nahrungsmittel zeitweise über-

haupt nicht zu bekommen sind, schon gar nicht zu den amtlichen Höchstpreisen, ergibt ein Vergleich dieser bereits Preisunterschiede bis zu 50 Prozent. Für die zwecks Streckung der schwindenden Vorräte amtlich anbefohlene Qualitätsverschlechterung nur ein Beispiel aus jüngster Zeit. »Zur besseren Ausnutzung der Roggenbestände wurde durch Verordnung vom 22. März 1937 mit Wirkung vom 27. März die Herstellung von Roggenmehl der Type 997 verboten und nur noch die Ausmahlung der größeren Typen 1150, 1370 und 1800 gestattet. Der Preis der bisherigen Grundtypen 997 gilt von dieser Zeit an für die Type 1150.« Es wird also ein Mehl von schlechterer Beschaffenheit, aber zum gleichen Preis geliefert. Der Index für Bekleidung war Ende 1932 112,4, Ende 1936 124,2. Der Wohnungsindex war seither unverändert geblieben. Nur der Index für »Verschiedenes« war unwahrscheinlicherweise von 163 auf 141 gesunken. Nur mit Hilfe dieser undefinierbaren und daher auch nicht kontrollierbaren Kategorie der Lebenshaltungskosten ist es der amtlichen Statistik gelungen, einen Stand des Gesamtlebenshaltungskostenindex vorzutäuschen, der es erlaubt, zu »beweisen«, daß das reale Arbeitseinkommen von 1936 die Konjunkturzeit der Republik überschritten und ihre Krisenzeit weit hinter sich gelassen habe.

Die Schätzungen des Statistischen Reichsamts sind also wenig vertrauenswürdig. Glaubwürdiger ist schon was ein parteiamtliches Organ über die Entwicklung des Arbeitseinkommens seit Hitlers Machtantritt sagt. In der Zeitschrift »Die deutsche Volkswirtschaft, Nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst«, heißt es im 3. Märzheft 1937:

»Daß eine Steigerung des Realeinkommens der unteren breiten Einkommensklassen erwünscht ist, erheilt aus der Tatsache der nur ein- bis zweiprozentigen Realeinkommenssteigerung dieser Klassen seit 1933.«

Es wird also festgestellt von der parteiamtlichen Wirtschaftszeitschrift eine Zunahme um 1-2, von der amtlichen Statistik um 30 Prozent. Die Schätzung des Statistischen Reichsamts ist aber gar nicht so vage, wie es darnach den Anschein hat. Seit 1932 hat nämlich nach amtlicher Angabe die Zahl der Beschäftigten von 12,5 auf 17,1 Million zugenommen, also um 34 Prozent. Das Statistische Reichsamt will also offenbar den Nachweis erbringen, daß seit Ausbruch des Dritten Reiches das reale Arbeitseinkommen im ungefähr gleichen Verhältnis wie die Zahl der Beschäftigten gestiegen ist, also das Durchschnittseinkommen des einzelnen Arbeiters ungefähr gleich geblieben ist. Glaubt man aber nicht dem Statistischen Reichsamt, sondern dem Nationalsozialistischen Wirtschaftsdienst, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß das reale Arbeitseinkommen des Konjunkturjahres 1929 nicht überschritten, vielmehr noch nicht einmal das Durchschnittseinkommen des Krisenjahres 1932 erreicht ist. Der »Führer« hat den Löhnen stillgestanden kommandiert und die amtliche Statistik liefert prompt dazu die statistische Rechtfertigung. G. A. F.

## Hugenberg restlos entmacht!

Nun auch die »Ufa« von Göbbels erobert.

Der geheime Finanzrat Dr. Alfred Hugenberg, weiland Führer der deutsch-nationalen Reaktion und verdienstvoller Geburtsheifer des Dritten Reiches, erfährt nun den letzten Dank vom Hause Hitler. Es hat ihm nichts genützt, daß er sich zwar grollend aber schweigend aus der aktiven Politik zurückzog und das Amt des Reichswirtschaftsministers mit dem des eifrigen Schweinezüchters aus seinem westfälischen Gut Rohbraken vertauschte, denn den führenden Männern des Nationalsozialismus blieb der alte Exponent des schwerindustriellen Einflusses ein Dorn im Auge.

Zu groß war noch immer seine »Hausmacht«, die Reste jenes einst imponierenden Presse- und Filmapparates, den der ehemalige Kruppische Generaldirektor nach dem Kriege zur Bekämpfung der deutschen Demokratie aufgebaut hatte. Dieses letzte »Widerstandsnest« deutsch-nationaler Gesinnung stand der politischen Totalität und auch dem geschäftlichen Monopolbestreben der neuen Machthaber störend im Wege. Man begann deshalb mit einer systematischen Einkreisung des ganzen Komplexes und hat in den letzten Tagen nun den tödlichen Streich geführt.

Die Besitzstücke der »Vera-G. m. b. H.«,

die u. a. den Scheriverlag, den Hannoverischen Kurier, die Ala-Anzeigengesellschaft usw. umfaßten, sind schon vor einiger Zeit in den Besitz des Verlegers Eher & Co. übergegangen, dessen Inhaber bekanntlich der Herr Reichskanzler persönlich ist. Uebrig blieb nach der Verschleuderung kleinerer Objekte vom alten Hugenbergkonzern nun nur noch die »Ufa«. Wie nunmehr die Handelspresse meldet, ist ihre Umwandlung in ein »staatliches Unternehmen« soeben vollzogen worden. Mit Hugenberg selber sind zwanzig ehemalige Aktionäre seiner Gruppe aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Dafür sind die Vertrauensleute des Propagandaministeriums eingezogen, an ihrer Spitze der neue Vorsitzende des Aufsichtsrats, Bankdirektor v. Stauß, der Vertreter jenes »raffenden Kapitals«, das Hitlers Aufstieg so freigebig finanziert hat.

Die neue Ufa ist praktisch in den Besitz des Propagandaministeriums übergegangen, sie wird künftig eng mit der gleichfalls von Göbbels beherrschten Tobis, der Tonbildsyndikat-AG., zusammenarbeiten. Damit hat sich in den Händen von Göbbels ein Presse- und Filmapparat zentralisiert, der in der ganzen Welt nicht seinesgleichen hat. Vorsichtiger als bisher noch wird man nun im nicht gleichgeschalteten Ausland den Produkten einer Filmzentrale gegenüber treten müssen, die nur noch Exportware einer amtlichen Propagandastelle sind.

Daß übrigens nach der politischen Entmachtung Hugenbergs nun auch noch seine persönliche Ausraubung durchgeführt worden ist, bildet eine liebliche Illustration zu jenem feierlichen Ehrenwort, das Hitler im Januar 1933 vor Hindenburg gab und das beinhaltet, er werde sich von seinen deutsch-nationalen Koalitionsgenossen nicht trennen und die Regierung unverändert lassen. Wie hieß es doch damals an den Plakatsäulen? »Die Treue ist das Mark der Ehre.«

## Deutscher Sozialismus

Recht, Freiheit und Gleichheit.

Die ehemaligen akademischen Altherrenblinde Deutschlands sind durch Erlaß in Verschied erklärt worden; als neuer Altherrenbund formiert die NS-Studentenkampfhilfe. Reichsstudentenführer Dr. G. A. Scheel begründete das am 13. Mai mit einer Rede in München, in der es heißt:

»Die alten Formen mußten neuen weichen, aber die alten Ideale, die über ein Jahrhundert lang als feierliches Bekenntnis im deutschen Studententum lebten, die Ideale Ehre, Freiheit, Vaterland, Einigkeit, Recht und Freiheit, sind heute nicht mehr Ideale einzelner kleiner Gemeinschaften, sondern durch die Kraft und Erziehungsarbeit des Nationalsozialismus Bekenntnis des ganzen deutschen Volkes geworden.«

Aber wenn das einer laut zu bezweifeln wagt, so hört für seine Person Recht und Freiheit auf, denn alles hat seine Grenzen und Freiheit darf nicht zur Gedankenfreiheit entarten. So ist es auch mit der Gleichheit; auch die ist im Dritten Reich bekanntlich verwirklicht. Sie hat schon ihre Dichter gefunden. Am 1. Mai konnten die erstaunten Arbeiter im Königsberger Nazi-Blatt über den Maiaufmarsch lesen:

Da geht der Bauer neben seinem Knechte;  
Der Werkdirektor neben seinem Arbeitsmann,  
Der Staatsbeamte beim geringsten Schreiber!  
Und jeder sieht den andern nun als Bruder an!  
Nun ist der Tag der Gleichheit wirklich da,  
Nun ist ein jeder wirklich mit dem Herz dabei  
Nun stehen wirklich alle Räder einmal stille  
Am ersten Mai!

Jawohl, alle Großkopfeten, alle Herren von und zu rennen begeistert und freiwillig mit. Sie sind nicht mehr zu halten, sie konnten sich schon lange nicht mehr bremsen. Jahrelang haben sie auf den Tag gewartet. Man könnte zwar aber Tausende Agrarier, Werkdirektoren und sonstige feine Leute nennen, die sich die kommandierten Kolonnen alljährlich vom Balkon aus betrachten — und aber Millionen Bauern und Arbeiter, die auch nicht mitgehen. Aber wenn die Großkopfeten mitgingen, so wäre das zweifellos die Gleichheit. Trotz Autos, Palkisten, Großgrundbesitz, Dividenden, Rieseneinkommen hüben und trockenem Hauf mit Dörrgemüse drüben. Im Marschieren sind alle Menschen gleich. Was sie die übrige Zeit des Jahres treiben, ist Privatsache.

Zweifelt jemand daran, daß soviel blöder Schwindel im ganzen Volke zum großen Kotzen führen muß?

## Jubiläum der Diätenshinder

Für sechshundert Mark monatlich doch allerhand

Die in Berlin erscheinende »Zeitschrift für Politik« gibt regelmäßig auch innen- und außenpolitische Monatsübersichten. In der des letzterschienenen Heftes lesen wir mit Vergnügen:

»Im Berichtsmonat sind acht Gesetze (davon sechs am 26. Januar) erlassen worden. Besonders bedeutsam ist das »Gesetz zur Verlängerung des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich«, das der Deutsche Reichstag in seiner Sitzung am 30. Januar einstimmig beschloß. Es ist das viertemal, seit der Machtübernahme, daß der Reichstag bei einem Gesetz mitgewirkt hat.«

Es handelt sich hier um das berühmte »Ermächtigungsgesetz« für Hitler vom 24. März 1933, das somit um vier Jahre, nämlich bis zum 1. August 1941 verlängert wäre. Die wenigen und primitiven Paragraphen dieses Machwerkes, in ihrer Primitivität kongenial der Geistes- und Moralverfassung ihrer Urheber, haben bekanntlich Deutschland in das Schmutz- und Blutmeer des von oben entfesselten Bandenterrors gestoßen und der Gestank der Rechtsanarchie, der von ihm ausgeht, verpestet noch heute den ganzen Erdkreis. Noch primitiver — selbstverständlich! — dürfte für die Gesetzesverlängerung die »Mitwirkung« des braunen Reichstages sein: sie brauchten nur dreimal für je eine Viertelminute den Arm muskel zu betätigen...

Aber das taten sie jetzt im Schweiß ihrer Angesichter zu viertemal. Zum viertemal in eben so viel Jahren — man denke und staune! Welch ein erhebendes Jubiläum der sich aufopfernden vorgeschriebenen vaterländischen Gesinnung! Dafür gibt's für jeden der rund fünfhundert Beteiligten rund sechshundert Mark monatlich franko und steuerfrei. Was Wunder, wenn sie da wirklich nur so »mitwirken«! In der Geschichte des europäischen Parlamentarismus aber dürfte dies extra registrierte Jubiläum doch bis auf weiteres außergewöhnlich sein und bleiben.

## Appetit

In Königsberg (Ostpreußen) sind einige Straßen getauft worden. Wie die »Preußische Zeitung« Nr. 129 mitteilt, wurden u. a. folgende Namen gewählt:

Sudetenlandweg, Huitschiner Weg, Iglauer Weg, Olmützer Weg, Brüner Weg, Troppauer Weg, Jägerndorfer Weg, Ausseger Weg, Tepplitzer Weg, Franzensbader Weg, Egerlandweg und Budweiser Straße.

Die Psychologen nennen so etwas Wunschtraum.

## Franz von Puttkamer gestorben

Wie wir heute erfahren, ist in einem Schweizer Sanatorium der Genosse Franz von Puttkamer gestorben.

Mit uns werden alle in der Emigration und in Deutschland lebenden Parteigenossen den frühen Tod des aufrichtigen Freundes unserer Sache und aktiven Kämpfers für die Freiheit schmerzlich bedauern.

Verfolgt von den Nazis mußte er im Jahre 1933 Deutschland verlassen. Als er auf der Baleareninsel im Herbst 1934 eine Sammelaktion für streikende Arbeiter, die sich weigerten ein hakenkreuzbeflaggtes deutsches Schiff zu entladen, durchführte, zog er sich die Aufmerksamkeit der Nazis an sich und prompt verweigerte ihm darauf auch das deutsche Konsulat die Ausstellung eines neuen Passes. Nach einem kurzem Aufenthalt in Ungarn kehrte Franz von Puttkamer wieder nach Spanien zurück. Als der Bürgerkrieg ausbrach, befand sich Puttkamer wieder auf der Insel Ibiza, wo sich auch die »Rebellen-Offiziere« die Macht aneigneten. Als eines Tages ein deutsches Schiff im Hafen von Ibiza lag, verlangten die auf der Insel wohnenden deutschen Nazis, daß Puttkamer auf dieses Schiff gebracht und nach Deutschland ausgeliefert werden sollte. Der faschistische Kommandant erfüllte prompt den Wunsch. Doch ein ungarischer Heimatlosenpaß, den Puttkamer sich inzwischen hatte beschaffen können, retteten ihn vor der Auslieferung nach Deutschland. Es gelang ihm, in das republikanische Spanien zurückzukehren, wo er als Korrespondent für die internationale sozialistische Presse tätig war. Im Dezember zwang ihn ein Lungenleiden aus Spanien abzureisen und ärztliche Pflege aufzusuchen. Nun ist er aus unseren Reihen geschieden.



# Punch sagt es mit Humor

## Zur Geschichte und zur Form der Hitler-Karikatur in England

Daß die Wahrheit in ihren Händen lieber die Pritsche als das Zepter führt, ist eine alte Erkenntnis. Die Ahnenreihen von Herrschern und Herren sagen noch gar nichts aus über eine Nation und den Geist, der in ihr und mit ihr die Geschichte macht; aber ihre großen Humoristen sind die echten Spiegel der Volksseele. Wer verstände das gesättigte Rom ohne seinen Juvenal?! Wie hat der Don Quijote die Nation der ewigen spanischen Individualisten in die Unsterblichkeit übergeführt! Wie anders käme Amerikas Sinn für alles Konkrete und Praktische begreifbarer an uns unverbesserbare Romantiker auf der anderen Seite des großen Reiches heran, als gerade durch seinen Kobold Mark Twain?!

Große Nationen haben auch einen großen Humor. Es ist das Ewigkeitszeugnis für die innerlichste Tapferkeit und den zähesten Lebenswillen eines Volkes, das mit schier unabdingbarem Leid durch seine vier Jahrtausende marschiert ist, einsam, verlassen und verachtet unter den anderen; daß immer noch die besten jüdischen Witze von den Juden selbst stammen. Was wäre England ohne seine großen Karikaturisten und Witzbolde, mit Jonathan Swift angefangen?! In Deutschland war der »Kladderadatsch« nur genau so lange eine nationale Fanfare, als der Pulverschwad von Achtundvierzig sich noch nicht ganz verzogen hatte; und sein »Simplizissimus« (Großer Gott! Was haben sie jetzt aus ihm gemacht!) hing nur gerade so lange am Busen des Göttlichen, als die deutsche Intelligenz mit ihren Hornbrillen und spitzen Nasen an solche und solche Ruinen des Feudalismus stieß: Geradezu alimentiert von Wilhelms des Zweiten Schnurrbart fand er das erste Mal den Tod der Unehre und moralischen Gasvergiftung im Weltkrieg, die Republik, Hitlers oppositionelle Stirnlocke und der Micki-Maus-Agitator Göbbels erweckten ihn dann zu wahrhaft neuem Leben, zuletzt erwürgte ihn der Minister Göbbels und der befrachtete Hitler endgültig... Das, was im braunen Deutschland am allerfrühesten und am allerersten »illegal« wurde, wurden die guten oder auch die schlechten Hitler-, Röhm- und Göringwitze. Oh, es ist immer die ganz große Tragödie, die mit dem »Lache, Bajazzo« anrollt...

Es liegt in Englands Wesen und an der Rolle, die ihm die moderne Zivilisation zugeordnet hat, daß sein Humor — und niemand hat so viel stillen und zähen Humor, als der Durchschnittsengländer, bei dem er aus der Gesundheit einer kampfliebenden, in allen Meeren und Wettern gestählten Lebensauffassung hervorkommt — in die Weite geht, wie sein Empire. Daß er die Scholle des grünen Country zwar liebt, aber die Welt umarmen und einspinnen möchte. Englands Minister sehen den Erdball von Schanghai bis Quebec vor sich, wenn sie Politik zu machen haben; auch seine Karikaturisten dürfen sich nicht an den schottischen Geiz oder die irische Whiskykehle allein verlieren und hissen ihre Segel nach allen Gestaden.

Das ist der Lebensinhalt und die Aktivlegitimation vom »Punch«, der nun schon mindestens die dritte oder vierte englische Generation mehr durch alle Niederungen als alle Höhen des menschlichen Daseins geleitet: daß dies klassische englische Witzblatt fast auf jeder Seite ein Stück europäischer, ein Stück Geschichte der weißen Rasse in der sogenannten modernen Zeit ist! Wenn England selbst auf dem Geist des gerade von ihm am reinsten entwickelten philosophischen Positivismus heraus bewaffnete Trägerin des Fortschrittsgedankens in der weißen Welt, des gesunden Evolutionismus geworden und gewesen ist: der »Punch« hat diese funktionelle Bestimmung seiner Nation auf all ihren Wegen quer durch die Welt getreulich begleitet. In alten Jahrgängen des »Punch« erlebt man wieder etwas vom Freiheitskampf der Griechen gegen türksische Padiachahs und Roßschweife in jenem Inselmeer, in dem Byron mit der Flinte und der Harfe der abendländischen Kulturidee sich opferte. Da klingen Baden- und schwäbische Freiheitslieder gegen die »Preußen« aus dem roten Jahr in englischen Versen fast nicht schlechter als die im deutschen Original, die die Guillotine — schmierten mit Tyrannenfett. Der »Punch«

war mit den amerikanischen Dreadnoughts vor Havanna und nahm dem letzten Neger-Sklavenhalter mit einem breiten Lachen die Nilpferdpelz aus der Hand. Der »Punch« fletschte die Zähne gegen die Gummi-Schinder am Kongo; König Leopolds und König Manuels schönhüftige Bettgenossinnen mußten ihm Interviews geben...

Die ganze Tragik europäischer Neuzeitgeschichte liegt in den »Punch«-Bänden unmittelbar vor Weltkriegsausbruch zutage, da England um die Seele der Parvenüs von Berlin warb. Wie mit den ungebärdigen Deutschen in irgendeiner Form zu einem fairen »arrangement« kommen, das war die große englische Frage! Es ist nicht von ungefähr, wie der »Punch« mehr als jedem anderen Sujet sich dem deutschen Gegenstand in dieser Zeit widmet, den manchmal komischen und gespenstisch bekleideten, immer aber anspruchsvollen, larmoyanten, rücksichtslosen Figuren des Wilhelmismus; wie er im volksethymologischen Rätsel »Germany« zu lesen versucht, nicht haßvoll, eher nachsichtig-experimentierend, die Böcke von den Schafen scheidend, das »andere« Deutschland unter der Oberfläche des klirrend-offiziellen suchend. Und hier darf es schon gesagt werden: Was der »Punch« als repräsentative Erscheinung echt britischen Volksbewußtseins, das immer noch für die wirklichen Lebensentscheidungen des Empires der ausschlaggebende Faktor bleibt, heute über »The Hitlerism« an bildlicher oder literarischer Kraft zu verausgaben hat, das ist eigentlich alles vorweggenommen von ihm in seiner witzvoll-wehmütigen Resignation gegenüber »The Kaiser«. Fast sind es sogar die feinsten und subtilsten satirischen Einzelheiten, die sich heute — wie gestern — als »made in Germany« da in seinen Spalten begegnen. Zum Beispiel der für das englische Individualbewußtsein geradezu unverständliche, nie begreifbare Komplex des heutigen »deutschen Sozialismus« Leyscher Schwadroniererei: wie trefflich läßt der »Punch« schon um 1891 herum den deutschen sozialdemokratischen Arbeiter, der von Wilhelm dem Zweiten mit dem falschen Pathos angeekelt wird: »Ich bin einer von Euch!« antworten: »Ganz recht, Genosse, aber dann nimm bitte die Krone ab!« Ja — Kaiserworte waren damals genau dasselbe, was heute Hitler-Speeches sind! Nach der für die deutsche Arbeiterschaft so siegreichen Wahlentscheidung von 1912 — vier Jahre nach den schauerlichen Hottentottenwahlen — ruft derselbe deutsche Sozialdemokrat im »Punch« zum »Deutschen Kaiser, König von Preußen, Markgraf von Brandenburg, Burggraf usw. usw.« hinauf: »Auch ich will meinen Platz an der Sonne!«...

Für so wichtig hielt man damals den »Punch« in Berlin — schließlich war ja auch damals die deutsche Politik noch nicht gerade von einem so profunden Englandkenner beraten, wie es heute Herr Ribbentrop ohne Zweifel ist —, daß man ihn sogar schon einmal zu einer rituellen Haupt- und Staatsaktion an der Spree gemacht hat. Das war, als der »Punch« einige lose Bemerkungen zur großen Caprivi'schen Militärvorlage von 1892 gemacht hatte, die gleichzeitig die große Wendung in der deutschen Politik gegenüber der Bismarckschen Konzeption — nunmehr gestellt auf »atlantische« Großtuerel — in praktische Form goß. Damals wurde das Lesen des »Punch« durch eine eigene Allerhöchste Kabinettsordre für den gesamten Berliner Hof verboten. Unberechenbarkeit Hitlers = Unberechenbarkeit Wilhelms —? Wie drückt sich das so köstlich in dem schönen Brief aus, den der »Punch« die Queen Victoria an ihren kaiserlichen Neffen nach Berlin schreiben läßt, als dieser in irgendeiner Laune dem Ohm Krüger seine Avancen gemacht hatte, die er dann ebenso launisch wieder fallen ließ, indem er dem alten Mann in Köln befahl, von seinem Besuch in Berlin Abstand zu nehmen, obschon er ihn doch förmlich provoziert hatte. Die Queen, schlechthin fuchsfuchswild durch ihres Neffen Dummenjungenwitze gemacht, überschlägt in der Hitze des Schreibens ihr eigenes Deutsch, indem sie voller Aufregung ins Englische verfällt: man muß es gelesen haben, um von dem wirklich demokratischen Geist dieses englischen Humors etwas zu erhaschen;

»Mein lieber Will! Dies ist über alle Berge. Was bedeutet eigentlich Deine Depesche an den alten Krüger, der für Dich does't care twopence?! Solch eine confounded impertinence habe ich noch nicht gesehen. The fact of matter is that Du ein furchtbarer Schwaggerer bist. Warum kannst Du nie ruhig bleiben, why can't you hold your blesed row?« Wir glauben: nie ist eindringlicher Würde vor Arroganz, geistige Ueberlegenheit vor dilettantischer Wichtiguerel, die wirkliche Macht vor improvisierendem Krampf verteidigt worden, als in diesem humor-apokryphen Königin-Brief des »Punch«. Aber sind das nicht genau dieselben Probleme auch gerade psychologischer Natur, mit denen sich Old Albion auch heute wieder in Richtung Kaiser-Wilhelm-Kanal und Yade-Busen herumzuplacken hat?

Es ist die Berliner »Neuphilologische Monatschrift«, die sich auch eine »Zeitschrift für das Studium der angelsächsischen und romanischen Kultur« nennt, wobei sie offen läßt — zumal nach diesem gleichgeschalteten Beitrag! —, ob jedes »Studium« auch schon an sich ein Resultat bedeutet: die den ganzen »Punch«-Komplex jetzt vom Blickfeld absoluter und hundertprozentiger Hitlererei abhandelt. Wie gesagt, ihr »Studium« der angelsächsischen Kultur scheint unter diesem Auspizium völlig negativ verlaufen zu sein! Denn sonst müßte sie den »Punch« anders begreifen. Zum Beispiel fällt ihr auf, daß das englische Witzblatt zwar »das italienische Risorgimento mit Wohlwollen immer verfolgt und Garibaldi, wie auch den Ungarn Franz Kossuth, stets romantisch gefeiert« hätte, dagegen sei vom »Punch« und von England selbst »der Kampf um die deutsche Nation als Motiv immer nur dynastische und militärische Selbstsucht untergeschoben« worden... Wer das schreibt, hat vielleicht von der englischen Grammatik, aber von der »angelsächsischen Kultur« nicht die allgeringste Ahnung oder besser: er will sie nicht haben, weil sie gleichzeitig das Bekenntnis zu einer Idee beinhaltet, die schon im Kaiserreich vom Schutzmann verfolgt wurde und die im Dritten Reich in den Verleihen der SS gefoltert wird: die Idee von der Freiheit des Individuums! Hätte Deutschland einen Kossuth, einen Garibaldi, einen Gambetta je erzeugt, warum hätte er nicht die Sympathie der Briten, denen der wirkliche Liberalismus bei Tories, Wrights und bei Labour nicht Sache nur eines Knopflochabzeichens war und ist, finden sollen? Aber das ist ja eben die deutsche Tragödie, daß ihr bestes nationales Streben statt bei einem Garibaldi schließlich bei einem Mantuffel oder von Roon endet, daß — um es in der Gegenwart in ganzer dramatischer Tragik sich wiederholen zu lassen — von einem Ebert und Stresemann weit weg und zu einem Hitler ganz hinleitet. Auch wenn die Engländer aus manchen Gefühlsgründen den Deutschen gewogener sind, als es oft genug eine reine Vortelspolitik ihnen einzugeben hätte, wovon in letzter Stunde Lansburys Berliner »Mission« wieder einmal drastisch-grotesk genug zeugte, wer kann von ihnen verlangen, daß sie dieserhalb auch Geschichte fälschen! Daß sie ihr eigenes Selbst verleugnen sollen? Daß sie für ihre

wirkliche »angelsächsische Kultur« den Verzicht in der Politik gegenüber den da mißratenen »Vetter« aussprechen?

Aber das hat man im Dritten Reich doch wenigstens erkannt: Wieder spielt das englische Volksbewußtsein (wie es schon einmal in der lockeren Sprache und in den drastischen Bildern des »Punch« sich auch jetzt gerade wieder äußert), eine beträchtliche Rolle in der endgültigen Gestaltung des europäischen, und damit auch des deutschen, Schicksals durch die größte moralische und strategische Macht der Welt. So sehen sie denn drüben unter dem Hakenkreuz mit einigem Frösteln, daß der »Prussian Bully« als Verkörperung der Kriegslust wieder in »Punch«-Bilder-Versen in das evolutionäre Bedürfnis des Durchschnittsbriten sich eindrängt und Schrecken und — was für den Engländer noch weit schlimmer ist als Schrecken — Unsicherheit und moralischen Anarchismus in die Welt aussendet. Hitler hat für England tatsächlich eine Art neuer »Punch«-Renaissance hervorgerufen! »Alle Befürchtungen« — so schreibt die genannte Hitlerzeitschrift im Hinblick auf die unmittelbare geistige Wirkung auf England, welche die Hitlererei auslösen mußte — »bestätigten sich in dem Augenblick, in dem Hitler angesichts der »Roten Gefahr« des brennenden Reichstages aus der Hand des alten Konsuls Hindenburg die Vollmacht des Diktators erhält. Die Geschichte des Nationalsozialismus als die Voraussetzung zum Verständnis der Revolution kann »Punch« als Ausländer nicht kennen! Oh, warum sollte er sie nicht kennen?! Würde doch beispielsweise direkt unter seinen Augen jener Prozeß in London abgehandelt, der für immer erwies, was es mit der »roten Gefahr« und mit dem »brennenden Reichstag«, um nur dies aus der »Geschichte des Nationalsozialismus« zu erwähnen, auf sich hatte! Und so sehen die braunen Pessimisten denn, in instinktivem Erahnen kommender unheimlicher Folgen, ganz scharf eigentlich im »Punch«-Komplex weiter:

»Für ihn, den »Punch«, identifiziert sich nun wieder Kriegsgott und furor teutonicus. Die jüdische und die österreichische Frage berühren seine englische Mentalität als Bedrohung der Schwachen. Alles wird zum Sinnbild deutscher Kriegslust. Die Friedensangebote des Führers verhalten... Auch er, der »Punch«, ist ein Teil der satirischen Welt, die den Krieg des Mißverstehens gegen Deutschland führt. Und in diesem Krieg ist er nur ein Glied in der Kette anderer Mächte, der Politik, der Wirtschaft und des Geistes. In diesem Zusammenhang gehört »Punch« Stock noch zu den am wenigsten verletzenden Waffen; er läßt die Hoffnung, daß es einmal anders wird, noch am ehesten bestehen. Die meisten seiner Darstellungen bewegen sich, wenn auch oft an der Grenze, des Humors.«

Sie empfinden also schon selbst, wie »der Stock« sie züchtigt! Daß er nicht für den Geprügelten zur Todessense werde, ist die letzte Hoffnung der Zivilisation. Aber nicht am »Stock« liegt es dann, wenn es doch so weit kommt, sondern an denen, die ihn wieder gegen sich selbst durch das schlimmste deutsche Laster, die Knechtseligkeit und die von jedem wahrhaften Ideal weit distanzierte »Tüchtigkeit«, in einer mächtigen und gesunden Welt, für die der »Punch« nun einmal da ist, herbeizitierten! F. E. Roth.

## Eine mitleidige Seele

»Möchten doch endlich die Klagelaute verstummen...«

»Die Semiten waren Jahrtausende hindurch die Vermittler zwischen Orient und Okzident; sie wurden die religiösen Führer der Menschheit, haben die größten Propheten der Welt hervorgebracht, und unter ihnen entstanden die drei monotheistischen Religionen.«

Wir finden diese Worte in einem abgegriffenen, offenbar viel gelesenen Buch. »Hat ein jüdischer Emigrant bei mir verkauft«, sagt der Antiquar, ist im Jahre 1917 gedruckt, Kriegspapier. Außerdem fehlt die Einbanddecke. Bei der Abreise aus Deutschland ging es bischen eilig zu, da hat es Fetzen und Scherben gegeben. Macht nichts. Sie können ruhig in dem Buch blättern.« Und wir blättern darin. Es ist eine

Reiseschilderung aus Palästina, eine begeisterte Reiseschilderung. Manche Stellen sind mit Bleistift angestrichen:

»Die meisten der Vorüberwandelnden sind Juden, ansässige und eingewanderte aus aller Herren Ländern... Wie arm und abgezehrt sie aussehen! Die Hand des Krieges lastet schwer auch auf ihnen.« Das hat ein mitleidiger Mann geschrieben, ein Mann, dem das Schicksal des verjagten, geängstigten jüdischen Volkes zu Herzen ging, des Volkes, das »die größten Propheten der Welt hervorbrachte«.

»So kommt man zur Klagemauer der Juden, der Außenseite eines Teiles der Tempelplatzmauer. Dort bietet sich ein ergreifender Anblick. Stirn und Hände gegen die riesigen Blöcke der rauhen Mauer gestützt, stehen die Juden und Jüdinnen und klagen über die vergangene



# Der Jugendstrafvollzug im Dritten Reich

Größe ihres Volkes . . . So stehen sie nun klagend seit anderthalb Jahrtausenden und netzen die Steine mit ihren Tränen. Aber wie sie auch bitten und rufen, vergebens harren sie einer Antwort. Möchten doch endlich die Klageklänge verstummen und die Tränenströme versiegen!

Guter, leicht gerührter Autor, was würdest du heute sagen, wenn du nach Deutschland kämst, wenn du die Stürmerkästen an allen Straßenecken sähest, die Boykottplakate, die blutrünstigen Karikaturen in den offiziellen Amtsblättern, wenn du vom Schicksal jener Juden hörtest, die in Konzentrationslager verschleppt und zu Tode gemartert wurden — nur weil sie Juden waren. Was würdest du dazu sagen, daß dein geliebtes Altes Testament — du zitiertest es seitens- und seitenslang — in allen deutschen Schulen verpönt und auf den braunen Index gesetzt ist? Die Klageklänge sind nicht verstummt, der Tränen sind mehr geworden, seit du dein Buch schriebst, seit du jüdischer Arbeit und jüdischem Geist deine Achtung bezeugtest:

»Südlich von Saronia liegt die 1882 gegründete jüdische Kolonie Rischon le Zion, der »Erstling von Zion«. Ein ehrwürdiger Greis mit weißem Haar und Bart, Herr Merowitsch aus Warschau, den die russischen Judenpogrome 1882 aus seiner Heimat vertrieben haben, führte mich umher . . . Die jüngere Generation der jüdischen Einwanderer strebt nach Verwirklichung der Eigenheimidee. Jeder soll seinen Grund und Boden haben, um von fremder Hilfe unabhängig zu sein. Der Gemeinschaftsgedanke steht über allem; er duldet keine Spekulation mit Land oder wachsender Saat, sondern läßt den Ertrag der Arbeit allen zugute kommen . . . Das wackere Kolonistenvolkchen . . . Durch Intelligenz und Tatkraft sind sie der eingeborenen Bevölkerung zweifellos überlegen. Gewährte ihnen die türkische Regierung denselben Schutz und dieselben Vorteile wie andern Völkern, dann würden sie bereitwillig . . .« usw.

Den selben Schutz — was würde der Autor zum Streicherstaat sagen, in dem die Juden froh wären, wenn man ihnen irgendeinen Schutz gewährte? Denselben verlangen sie nicht einmal.

Der Antiquar sieht uns über die Schulter. »Wissen Sie, von wem das Buch ist? Von einem gewissen Sven Hedin. Dem ist übrigens gerade die Ehrenplakette der Stadt Berlin verliehen worden. Er hat sie verdient.«

Ja — er hat sie verdient. Sven Hedin! Das Dritte Reich hat keinen besseren ausländischen Propagandareisenden als ihn, keinen, der sich so begeistert in Hitlers Staat »hineingeschaltet« hat. Allerdings auch keinen, der schon vor Hitler, in der »verruhten Republik«, so gute Geschäfte mit seinen Büchern machte. Sven Hedin läßt sich heute von »Kraft durch Freude« ebenso ausgiebig herumreichen wie seinerzeit von den schwarz-rot-goldenen Kulturorganisationen, er hat dem Führer ebenso seine devote Aufwartung gemacht wie ehemals den meisten republikanischen Politikern von Rang und vorher dem Kaiser. Niemals hat er seiner jeweiligen Ge-

Wenn man die Verordnung über den Jugendstrafvollzug (erlassen am 22. Januar 1937) liest, tauchen erschütternde Erinnerungen auf. Oscar Wilde hat uns in »Aesthetisches und Polemisches« berichtet, daß der Gefängniswärter Martin vom Gefängnis in Reading entlassen wurde, weil er einem Kinde, das im Gefängnis eingesperrt, seine gräßliche Kost nicht vertragen konnte, einen Keks geschenkt hatte. Ja, 1831 kam in England ein dreizehnjähriger Knabe an den Galgen, und wir erinnern uns schauernd, daß 1833 der neunjährige Richoles White zum Tode verurteilt wurde, weil er aus einem Schaufenster Spielzeug gestohlen hatte. Ähnlich lagen die Dinge in Deutschland. Es ist noch nicht lange her, daß Kinder in engen Gefängniszellen eingesperrt waren, wo sie als Verbrecher in einsamer Zelle büßen mußten. Aus jedem Winkel schrien Angst und Not. Angst grub sich tief in die Seele des jugendlichen Rechtsbrechers. Das Gefängnis vernichtete den jungen Menschen Die deutsche Republik bemühte sich, diese barbarischen Zustände zu beseitigen. Das Jugendgerichtsgesetz vernichtete das Strafsystem, die immer häufigere Anwendung der Schutzhaft gab dem Rechtsbrecher eine Chance.

Das Dritte Reich hat mit diesen Reformen gebrochen. Es führt den Strafvollzug an jungen Gefangenen von 14 bis 21 Jahren (in Ausnahmefällen bis 24 Jahre), männlichen und weiblichen Geschlechte in sechzehn Anstalten durch. Es kommt dem Regime dabei darauf an, den jungen Gefangenen »entscheidend zu beeinflussen« und ihn im Sinne des braunen Regimes zu einem »tauglichen Glied der Volksgemeinschaft« zu machen. Dazu braucht man Beamte für den Aufsichtsdienst, die »über die Festigkeit verfügen, welche die Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung gewährleistet«. »Der junge Gefangene wird im Jugendstrafvollzug mit gerechter Strenge in fester Zucht gehalten, er muß lernen, hart gegen sich selbst zu sein.« Es wird den Gefängnisinsassen im Dritten Reich die Erziehung zuteil, »die der Erziehungsberechtigte der Gefangenschaft wegen nicht ausüben kann.« Das heißt nach § 1631 des BGB, daß den Aufsichtspersonen das Züchtigungsrecht zusteht.

Der Vorsteher hat im übrigen bezüglich

sinnung gestattet, sich zwischen ihm und die Geldbeutel seines deutschen Lesepublikums zu stellen. Kurz nach Hitlers Abgang wird er, davon sind wir überzeugt, die Greuel in den Konzentrationslagern entdecken und bewegliche Worte über Klageklänge und Tränenströme finden.

Sven Hedin schrieb 1917 an den Beginn seines — eben zitierten — Buches »Jerusalem« die Worte:

»Wehmut und Kummer im Herzen, die erst mit meinem Leben enden werden, widme

der Hausstrafen freie Hand. Der diesbezügliche § 54 sagt darüber: »Wo mit gleichmäßig gerechter Strenge den Gefangenen gegenüber verfahren wird, werden Verstöße gegen Zucht und Ordnung selten sein. Wenn aber Anlaß zum Einschreiten einer Hausstrafe besteht, hat der Vorsteher rasch und gründlich durchzugreifen; er dient zugleich dem Erziehungszweck. Da die Arreststrafen nur in seltenen Fällen angewandt werden sollen, so hat man bei diesen »gründlichen Durchgreifen« wohl in erster Linie die Prügelstrafe im Auge.

Die Gefangenen werden mit Du angeredet, erhalten Unterricht, der bezweckt, daß sie sich in die Volksgemeinschaft pflichtgetreu einordnen sollen, denn der Hauptgegenstand des Unterrichts ist »die Deutschkunde im Sinne einer Kunde von deutscher Sprache, Geschichte und Heimat, deutschem Staat und Recht und deutschem politischem Wollen«. Neben diesem Unterricht besteht achtstündige Arbeitszeit und tägliche Leibesübungen. Sie sollen den Häftling »lebensfähig und gemeinschaftstauglich« machen. Darum wird verordnet: 1. tägliche Freiübungen 15 Minuten, tägliche Marsch- und Ordnungsbildungen »in Linie und Kolonne, der Gleichschritt in Reih und Glied, das Einhalten der Fühlung, der Abstände und der Seitenrichtung, das Aufmarschieren, das Abbrechen und das Schwenken« dreißig Minuten. Das ist noch nicht das Ende. Eine weitere halbe Stunde ist werktätig dem Turnunterricht vorbehalten. Da gibt es taktmäßige und nichttaktmäßige Freiübungen, Bodenübungen usw. Soweit der Häftling dann noch über Freizeit verfügt, darf er sie zur Eriedigung seiner Schulaufgaben und für Instandsetzungsarbeiten benutzen.

Es gibt aber im Jugendstrafvollzug auch Bücher, und zwar wird vor allem »auf Bücher und Schriften« Wert zu legen sein, »aus denen dem Gefangenen eine hohe Auffassung von deutscher Art, deutschem Volk und deutschem Staat und von Recht und Sittlichkeit entgegentrete«. Daß hierbei die nationalsozialistischen Bücher den Vorrang haben, versteht sich am Rande. »Schrifttum, das die Volksgemeinschaft zersetzt, ist ausgeschlossen.

Die Haftform ist Ausdruck der ganzen Barbarei dieses Regimes. Angst einjagen, Re-

ich diese Zellen dem Andenken meines geliebten ehrwürdigen Vaters.«

Sven Hedin mußte 1937 rechtens hinzufügen: »... meines geliebten, ehrwürdigen Vaters, der mütterlicherseits von dem in Schweden eingewanderten Juden Abraham Brody alias Berlin abstammt, der also mit meiner Mutter Rassenhande getrieben hat und dessen Grab ich bespucke, so oft ich dem Dritten Reich meine Reverenz erweise — also täglich. H—n.

spekt einflößen, ist der Sinn dieses Strafvollzuges. Was für einen jungen Menschen besonders schwer ist, wird zur Regel gemacht, denn der junge Gefangene muß die ersten drei Monate mindestens in strenger Einzelhaft verbringen. Und wo die Gemeinschaftshaft durchgeführt wird, werden Schlafkajoten benutzt. Besuche darf der junge Gefangene alle vier Wochen empfangen, und alle zwei Wochen einen Brief absenden. Ein Beschwerderecht existiert nicht.

In der Zeitschrift der Hitlerjugend hat Dr. Stellrecht unter der Überschrift »Keine Miniatursoldaten« einen Artikel veröffentlicht, in dem er erklärt, daß nach neudeutscher Auffassung der Soldat die Höchstform des Mannes darstellt. Von diesem Geist ist der neue Jugendstrafvollzug beeinflusst, den ausgewählten Gefangenen wird die »Vergünstigung zuteil«, in der Freizeit weitere taktmäßige Frei- und Bodenübungen zu machen. Wer sich also der »Höchstform des Mannes« zuentwickelt, hat Chancen, in Gnaden aufgenommen zu werden. Wer das nicht tut, bekommt die ganze »gerechte Strenge« des Jugendstrafvollzuges zu fühlen. In Jugendgefängnissen und Fürsorgeanstalten dürfen die jungen Menschen nicht einmal miteinander leise sprechen. Kadavergehorsam, Duckmäusertum wird unter der Fuchtel des Stockes erzeugt. Was Wunder, wenn die Jugendkriminalität steigt, da man sich nicht bemüht, die Ursachen des Straffälligwerdens zu verschütten. In Berlin steigt die Zahl der von der Jugendgerichtshilfe erfaßten kriminellen Jugendlichen vom Jahre 1934 auf das Jahr 1935 um 34 Prozent, in Hamburg um 50,6 Prozent, in Essen um 118 Prozent und in Chemnitz gar um 138,9 Prozent.

Eine Kontrolle der Jugendgefängnisse durch sogenannte Gefängnisbeiräte ist nicht möglich. Die Tragödien, die sich hinter diesen Mauern abspielen, werden erst in einer viel späteren Zeit der Öffentlichkeit bekannt werden. Die Verordnung über den Jugendstrafvollzug verrät jedoch, daß der Geist von 1831 Auferstehung feiert, daß das Gefängnis des Dritten Reiches die Jugendseele mordet.

Hermann Walter.

## Teutonische Munterkeit

Während die Gepäckmannschaften sich langsam der Stadt näherten und zum Abschluß auf dem Sportplatz einen Keulenzirkel ausführten, »tobte« auf diesem Platz im wahrsten Sinne der Kampf. Es ging nämlich um die Vorentscheidung im Kampfball. Erstaunlich, wie schnell sich dieses Spiel bei der SA durchgesetzt hat. Es ist rau und herzhaf und manch einer von den herzsicheren Zuschauern mußte hier und da einmal für ein paar Sekunden wegsehen, bei den Krawatten und wilden Haufen, die da übereinanderliegen.

»Preußische Zeitung« Nr. 115.

## Hasard

Hallo, hier, wer setzt nochmal — Glück und Reichum sind zu holen, Länder, Gelder, Erze, Kohlen, Ordensterne ohne Zahl, nur heran! Wer setzt nochmal.

Hallo, machen sie ihr Spiel, Goldne Schätze sind zu heben. Einsatz? Ein paar Menschenleben. Hunderttausend. Gar nicht viel. Munter! Machen sie ihr Spiel.

Hallo, Schluß, die Kugel rollt, Menschen stöhnen unter Trümmern. Lustig! Laßt es euch nicht kümmern, wenn ihr euch anderen wollt. Nichts geht mehr! Die Kugel rollt.

Hallo — Reinfall — nächster Coup. Einsatz diesmal zwei Millionen, nur das blaue Blut nicht schonen, Kinder, Frauen — los, schlägt zu. Noch ein Reinfall — nächster Coup.

Hallo, jetzt ist's schon zu spät, um sich anders zu besinnen, glückt es euch nicht zu gewinnen, seid ihr fertig — abgemäht. Zum Besinnen ist's zu spät.

Hallo, weiter, drauf und dran! Wie? — Die Welt droht sich zu wehren, droht den Spielfeld auszukehren und entzieht sich unserm Bann? Hilfe! Mitleid! Seht uns an, wenn das Spiel mißlingt — was dann?

H—n

## Die heilige Quantität

Der »Manchester Guardian« hatte im März die Kunst des Dritten Reiches unter die Lupe genommen und war zu dem Schluß gekommen, daß gegenüber dem lebendigen, bunten Kunstleben der Weimarer Demokratie von einer lebendigen deutschen Kunst heute nicht mehr gesprochen werden könne. Die deutsche Kunst vermöge wohl »den Verlust der Freiheit, die übertriebene Bürokratie und die Ueberwachung der Gedanken zu überleben«, aber das Zusammenklagen aller dieser Dinge müsse sie vernichten. Die liberale und die Aesthetenkunst sei im neuen Deutschland zwar ausgelebt, aber selbst die Nazi hätten sich gefragt, was denn eigentlich an ihre Stelle getreten sei...

Das »Berliner Tageblatt« versucht darauf zu antworten. Wie macht es das? So wie jener Student im Examen, der sich auf die quantitativen Leistungen der Bienen präpariert hat und vom Professor unerwarteterweise über das Leben der Ameisen befragt wird. Mit einem kurzen Dreh springt der Prüfling doch auf die Massenleistungen über und wartet mit eingepackten Ziffern auf. Das »Berl. Tagebl.« bringt Ziffern, die vermehrte Film- und Theaterbesuch, gesteigerte Bücherproduktion usw. beweisen sollen. Dabei stellt es die Zahlen von 1932 denen von 1936 gegenüber. Wie in Hitlerdeutschland amtlicherseits zusammengerechnet wird, das weiß jeder von den Wahlziffern her. Bezirke mit einem Drittel Neinstimmen ergaben trotzdem 97 Prozent für Hitler. Aber selbst wenn die Zahlen des »Berl. Tagebl.« richtig wären — warum stellt

man dem Jahre 1936 nicht das Jahr 1929 gegenüber? 1932 war der Krisenchock auf dem Höhepunkte, 1936 erlebte dagegen das deutsche Volk die Illusionen der Rüstungskonjunktur. Bei den seit 1932 angeblich gestiegenen Gesamteinnahmen des deutschen Filmwesens fehlt der gesunkene Export! Welch eine Beweisführung: »Das Buch des Führers, »Mein Kampf«, hat eine Auflagenhöhe von zweiundeinhalb Millionen überschritten...« Kunststück, wo jedes neuvermählte Paar ein Exemplar schon auf dem Standesamt eingehändigt bekommt!

Das nennt ein gleichgeschaltetes Blatt eine »gründliche Antwort...«

Der »Manchester Guardian« hat gefragt, was denn an die Stelle der gedrosselten Kunst getreten sei! Das englische Blatt fragt nach Qualitäten und das »Berl. Tagebl.« antwortet mit Quantitäten, mit gefälschten sogar. In jedem Falle kommt ein Großteil der angeführten Besucherziffern auf das Konto alter demokratischer Produktion oder neuer indifferenter Unterhaltungsware. Wo braun gekunatet wurde, bekreuzigte sich das wirkliche Kunstpublikum ebenso wie der einfache Mann. Das haben deutsche Blätter bereits gestehen müssen. Im übrigen: seit vier Jahren nicht ein einziges deutschländisches Werk von europäischem Brustmaß.

Diesem Ziffernrapport liegt offenbar eine neue Parole zugrunde, denn am 9. Mai hat sich bei einer Kundgebung in Danzig auch Göbbels in die Quantitäten geflüchtet. Er feierte die NSDAP als die »politische Kirche des deutschen Volkes«, weshalb nationalsozialistische Kunst eben keine Parteilust sei,

wie das schnöde Ausland immer wieder behauptet. Dann gings laut »Preußischer Zeitung« weiter:

»Es sind auch noch niemals in Deutschland soviel Talente entdeckt worden wie heute; niemals ist soviel gebaut, gedichtet, komponiert und gemalt worden wie in den letzten vier Jahren und niemals hat über dem Künstler eine so großzügige staatliche Organisation als barmherziger Förderer gewaltet wie heute, ein Förderer, der ständig auf der Suche nach Talenten ist und sich jedes Talent aneignet, das er nur finden kann.«

Woher weiß Göbbels, daß nie soviel gedichtet worden ist? Hat er Buch geführt? Aber zugegeben: Selbst Naziblättern wird es manchmal zuviel, so daß sie ob der hemmungslosen Dilettantenflut aufstöhnen. Richtig ist auch, daß der totale Staat jedes Talent kontrolliert, nur landet mancher im KZ oder auf dem Index, weil er zu talentiert ist.

Göbbels mußte sich in »Danzig auch wieder mit dem Verbot der Kunstkritik herumschlagen, ein Zeichen, wie sauer den Despoten die Sache aufstößt. Im »liberalen Sinne« sei sie allerdings abgeschafft, sagte der Verfasser eines der lächerlichsten Romane, aber dafür »wird die Kritik von Berufenen ausgeübt, die das Fachverstehen besitzen, und das ist auch das einzige Mittel, das Richtige vom Unrichtigen zu unterscheiden...« Diese wenigen »Berufenen« — das sind die braunen Zensoren. Zensur für Fachkritik auszugeben — darauf wäre vor dem Reichstagsbrand auch niemand gekommen.

Aber der Propagandhi übersieht eines dauernd: es gibt in der neudeutschen Presse



## Man muß das ganze Volk fragen

Aus den Großstädten und Industriegebieten werden in Sachsen die 14- und 15jährigen Burschen von April bis Dezember in das Landjahrlager berufen. Diese Lager befinden sich fast alle im sächsischen Grenzgebiet. Wenn im Dezember diese Burschen dann aus diesen Zigeunerlagern zurückkommen, sind sie junge, rauhe Kämpfer geworden, die sich mit ihren 15 Lebensjahren bereits ihrer Aufgaben dem Volke gegenüber bewußt sind. So wenigstens predigen es die braunen Maulhelden. Die Eltern scheinen jedoch erheblich anderer Ansicht zu sein, indem sie ihre Jungens lieber zu Hause behalten als in das Landjahrlager stecken zu lassen. Landesbauernführer Körner hat in dieser Frage auf dem Bauerntag in Leipzig die Katze aus dem Sack gelassen. Er heulte darüber, daß die Landarbeiterfrage die schwerste Sorge der sächsischen Landwirtschaft sei und erklärte: »Wir haben auf diesem Gebiete alles nur Menschenmögliche von uns aus getan. Man muß hier das ganze Volk fragen: Seht Ihr denn nicht, wohin diese Entwicklung führt? Das ganze Volk muß hier zu einer anderen Haltung kommen gegenüber der Landwirtschaft!«

Uns scheint, die Haltung des Volkes hat andere Ursachen und wird kaum von den braunen Großmüklern noch zu ändern sein. Das Volk hat in den vier Hitlerjahren schon gelernt, die Entwicklung zu sehen. Wenn die braunen Bonzen eine wirkliche freie Wahl, ohne Terror, Wahlfälschungen und der üblichen Göbbelsschen Regiekünste starten lassen, dann lernen sie nicht nur die wirkliche Haltung des Volkes kennen, sondern müssen sich auch schleunigst ein Plätzchen suchen, wo sie bis zum jüngsten Tag emigrieren können, sofern sie der Volkszorn nicht zerstampft.

## Mutterschaft — »verschuldetes Unglück«

»Der § 63 des Handelsgesetzbuches enthält die Bestimmung, daß dem Handlungsgelhilfen auch dann der Anspruch auf Gehalt und Unterhalt zusteht, jedoch nicht über die Dauer von 6 Wochen hinaus, wenn er durch unverschuldetes Unglück an der Leistung der Dienste verhindert ist. In erster Linie gilt als Unglück eigene Krankheit. Sie ist unverschuldet, wenn sie bei normaler Lebensweise eintritt. Beachtlich ist aber die allgemeine Rechtsauffassung, daß bei der Beurteilung, ob die Krankheit verschuldet oder unverschuldet eingetreten ist, nicht streng verfahren werden soll. D. h. also, daß nicht jede Abweichung von der normalen Lebensweise als selbstverschuldet anzusehen ist, wenn sich daraus ein Krankheitsfall ergibt. Wir denken dabei beispielsweise an Krankheiten, die sich aus Sportbetätigungen ergeben können, und an ähnlich gelagerte Fälle.«

wirklich eine Kunstkritik, soweit es sich nämlich um Auslandskunst handelt. Da darf gelobt oder heruntergerissen werden, je nachdem, wie der Autor zum Dritten Reich steht. Hei, wie da mancher französische oder amerikanische Film durch den Kakao gezogen wird! Da dürfen sogar die Dreißigjährigen losdreschen, da gilt Göbbels rührendes Argument, das mit der Kritik ein Genie erschlagen werden könnte, plötzlich nicht mehr. Lockert den Kulis die Maulkörbe, es geht gegen das Ausland! Altes, beliebtes Rezept aller Despoten.

## Knallerbsen

Im Aprilheft der »Völkischen Frauenzeitung« konnte man lesen: »Witze sind gut. Witze sind notwendig. Vor allem jedoch sind Witze dazu da, typische Zeitkrankheiten lächerlich zu machen oder gutmütig zu belächeln oder mit mehr oder weniger harmlosem Lachen auf die Menschen hinzuweisen, die sich dem — gesunden — Zeitgeist widersetzen.«

In der Schweiz sitzt Curt Götz, in Wien der bekannte Regisseur Reinhold Schünzel. Beide denken über den Hamur des Dritten Reiches nach und sind froh, mit heißer Haut davongekommen zu sein... Es handelt sich um den Film »Hofloge«. Ein alter Stoff, König und Königin müssen ein Attentat befürchten und schmuggeln in die Hofloge der großen Oper je einen männlichen und einen weiblichen Doppelgänger. — Der durchaus nicht rassereine Wiener Farkas machte einst ein Lustspiel daraus, Götz ein Drehbuch, das vom Propagandaministerium

»In diesem Zusammenhang ist aber darauf einzugehen, daß Schwangerschaft nicht als Unglück im Sinne des § 63 des HGB anzusehen ist. Das Reichsarbeitsgericht hat sich mit dieser Frage in seiner Entscheidung vom 27. Juni 1932 (RAG 226/32) beschäftigt. Es handelte sich um eine unverheiratete Kontoristin... Nicht außer acht gelassen werden darf außerdem eine andere reichsgerichtliche Entscheidung, die besagt, daß auch Schwangerschaft der verheirateten Frauen nicht ohne weiteres als unverschuldetes Unglück im Sinne des § 63 HGB zu betrachten ist (Urteil vom 19. März 1932, RAG 526/31)...

Nun darf allerdings keinesfalls angenommen werden, wie naheliegender das zunächst auch für den Laien sein mag, daß diese Grundsätze, die zu der vorstehend erwähnten Entscheidung im Falle der Klägerin führten, aus »moralischen« Erwägungen etwa durchdrängen. Ein moralisches Urteil steht hier nicht in Frage und soll dabei gar nicht gefällt werden (im Original gesperrt). Vielmehr ging die Rechtsprechung davon aus, daß die Klägerin ihre Verpflichtungen dem Arbeitgeber gegenüber fahrlässig verletzt habe... Zugegeben werden muß, daß die sich aus dieser reichsarbeitsgerichtlichen Entscheidung ergebende herrschende Rechtsauffassung bei den von ihr Betroffenen heute noch oft auf Befremden stößt... Daß dieses nachträgliche Wirksamwerden der Kündigung ein bedeutender Mangel des Gesetzes und die Ursache zu einer großen Rechtsunsicherheit ist, kann leicht eingesehen werden... Maßgebend wird sein, ob durch den Tatbestand der außerehelichen Schwangerschaft die Interessen des Betriebes geschädigt werden... Denn der Betrieb ist ja die wahre »Volksgemeinschaft«. (Die Frau am Werk, Berlin, Nr. 7, 1. Jg.)

Das ist die Konsequenz des NS-Sklavenstaates, der von einer dienstbereiten Justizhure schon 1931 vorbereitet wurde: einerseits Rassengestützte, andererseits geschlechtslose Ameisen-Arbeiterinnen.

## Braunes Eherecht

Behandlung von »Bolschewistene-Ehen im Dritten Reich

»Der Vorsitzende des Familienrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht hat der Öffentlichkeit die von dem Ausschuss durchberatenen Vorschläge zur Neugestaltung des deutschen Ehescheidungsrechtes übergeben... Das Entscheidende und ausschlaggebende Neue, das der Vorschlag gebracht hat, ist: Grundlage einer Scheidung soll nicht mehr ein etwaiges Verschulden der Ehegatten, sondern die »objektive Zerrüttung« einer Ehe sein. In bestimmten Fällen kann eine Entscheidung

für die Tobis genehmigt wurde. Der Berliner Probevorführung folgte das Verbot auf dem Fuße. Begründung: Persiflage des Dritten Reiches und des deutschen Militarismus. Götz und Schünzel waren während der Arbeit offenbar wirkliche Einfälle gekommen. Mit Heilebarden und Stiefeln bis über die Ohren marschiert eine Leibgarde des Landes Irgendwo im Stechschritt auf. Ein Mann findet Knallerbsen in der Tasche und wirft sie zum Fenster hinaus, als ein Minister vorbeifährt. Sofort rasseln Tanks herbei, fahren Maschinengewehre auf. Ein königlicher Zensor wird milde verulkt.

Das ist alles. Aber nicht einmal die paar Knallerbsen konnten die braunen Oberbonzen vertragen. Lieber heißen sie 1,4 Millionen Mark Aufwandskosten flöten gehen. Glaubt jemand, daß Schünzel und Götz einiger gewagter Witze wegen Stellung, Kopf und Kragen riskieren wollten? Nein. Sie hielten die Späße ganz richtig für harmlos. Vielleicht auch dachten sie an jenes Wort, das Göbbels einst seinen Zeitungslenten versetzte: »Ja, meine Herren, mehr Mut, als sie haben, kann ich ihnen nicht geben.« Ein Journalist, der den Edlen beim Manneswort zu nehmen suchte, mußte dafür ins KZ.

»Die Witze wollen und können wir nicht entbehren. Aber zeitgemäß sollen sie sein — oder überzeitlich. Wir wollen lachen, nur gelingt es uns beim besten Willen nicht, den zerstreuten Professor, die kecke Zofe und den geizigen Schotten zum 387. Male komisch zu finden«, schreibt obige braune Frauenzeitung. Ja um Wotanswillen, was denn sonst dürfen sie drüben noch ko-

»auf Antrag des Staatsanwaltes erfolgen...«

Ehebruch, Lebensnachstellung sollen keine Gründe mehr sein, bei deren Vorliegen die Ehe ohne weiteres geschieden werden muß, vielmehr... ist eine Ehe dann zu scheiden, wenn die Ehe des sittlichen Gehaltes entbehrt, und zwar derart, daß daraus der Volksgemeinschaft ein erheblicher Schaden erwächst. Solche Fälle sieht der neue Vorschlag als gegeben an... wenn die Ehegatten unter dem Schutz ehelicher Gemeinschaft kommunistische Propaganda treiben. (Wobei zu beachten ist, daß es im Dritten Reich auch katholische, evangelische, sozialdemokratische und deutschnationale »Kommunisten« gibt.) Der Vorschlag sieht in diesen Fällen die Zerrüttung deshalb für gegeben an, weil eine solche Ehe sich in »dauernden Widerspruch setzt zu dem Begriff der Ehe als einer auf sittlicher Grundlage (der »Lebensnachstellung«, siehe oben) beruhenden Gemeinschaft«. In solchen Fällen kann auch gegen den Willen der Ehepartner eine Ehe geschieden werden. Die Feststellung, ob eine »objektive Zerrüttung« der Ehe gegeben ist oder ob die Ehe ihres sittlichen Gehaltes entbehrt und der Volksgemeinschaft ein Schaden erwächst, ist damit in die Hand des Richters gelegt.« (»Die Frau am Werk«, Zeitschrift für die werktätige Frau in der DAF, Berlin, 1. Jahrg., Nr. 7, Seite 131.)

Was ins Deutsche übersetzt heißt: erschlagen dürft ihr euch, solange kein »Wirbel« entsteht; aber das Verteilen von Flugblättern und Flüsterwitzen »entbehrt des sittlichen Gehaltes«, der bei »Lebensnachstellung« und Ehebruch immer noch angenommen werden kann; zumal doch ein SA-Mann oder NS-Bonze der lachende Dritte eines Ehebruchs sein könnte, also der Volksgemeinschaft geradezu ein Nutzen erwächst.

## Deutschland, ein Paradies für alle »alten Kämpfer«

Da sage man, daß Hitlerdeutschland keine »volkstümliche« Justiz habe! Soeben berichtet die einstmals kommerziell so ehrbare »Kölnische Zeitung«, daß ein deutsches Amtsgericht in Remscheid »für Recht erkannt« habe, daß kein arischer Ehemann — erst recht nicht, wenn er gar eingeschriebenes Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist — für die Schulden seiner Frau zu haften hat, die sie bei einem jüdischen Kaufmann macht. Sonst muß nach dem BGB der Mann zwar die Schlüsselgewalt seiner ehelichen Hälfte in Haushaltsdingen unbedingt anerkennen. Kauft die aber jetzt den Schweinebraten bei einem Metzger der verworfenen jüdischen Rasse oder läßt sie sich Dauerwellen von einem Friseur andrehen, der außerdem noch Zionist ist — nein, dann ist so ein »alter Kämpfer« fein heraus! Das Bezahlen hieße nämlich nach genanntem Amtsgerichtsurteil gegen das »gesunde Volksempfinden« verstoßen! Und deshalb braucht sich kein deutscher Mann auf solche

misch finden? Zwei Regisseure haben versucht, ein wenig überzeitlich zu sein und über den zerstrauten Professor oder Tantes Mops hinaus zu kommen. Zwei Regisseure mußten eilends ins Ausland flüchten und denken dort über ein paar überzeitliche Einfälle nach, die selbst Glasbrenner noch im Vormärz publizieren durfte und über die in allen Ländern gelacht werden darf, nur in Deutschland nicht. So stark ist das Dritte Reich.

## Sackhüpfen

»Die Arbeitskameraden der Gauleitung der NSDAP feierten den 1. Mai in traditioneller Weise in der Gauführerschule Rippen... Als Attraktion des Tages war das Sackhüpfen der Gauamtsleiter anzusehen. Allerdings war hier ein endgültiger Sieger nicht zu ermitteln, da bei dem Endspurt der Siegerkandidaten sich alle »Hilfer« auf der Erde wälzten.«

»Preußische Zeitung« Nr. 121.

## Der Gipfel aller Greuel...

Sogar Thomas Mann durfte früher im deutschen Rundfunk auftreten.

»In den Archiven der deutschen Reichssender befinden sich noch zahlreiche Bild- und Schriftdokumente aus jener Zeit, in der den Hörern Gedichte und Novellen eines Kerr, Heinrich und Thomas Mann und wie die ausgebürgerten jüdischen Emigranten und Landesverräter alle heißen, als Kostproben »deutscher« Kunst vorgesetzt werden konnten.«

Praktiken, die nur von diesem jüdischen Krämergeist letztlich ausgehen, einzulassen.

Wir glauben, das ist der Idealzustand schlechthin, den neunundneunzig Prozent aller »alten Kämpfer« Hitlers — Göring, den heutigen Millionär mit eingeschlossen — immer herbeigeseht haben!

## Die aufgenordete Loreley

Der Verlagsbuchhändler Otto Weber in Leipzig empfiehlt den deutschen Betriebsführern wärmstens seine »Gemeinschaftsliedersänge«. Auf braunes Papier gedruckt, Stück für Stück 'n Dreier, für den 1. Mai und ähnliche Nationalfesttage besonders geeignet. Ein Bierlied z. B., dem Met und dem altergermanischen Ochsenhorn gewidmet, klingt in dem Verse aus:

»Wie doch in goldenen Stunden  
das Bier zu Helden uns macht!  
Dem Weisen, der es erfunden,  
sei unser Dank gebracht!«

Die Dichtung hält sich durchaus auf dem Niveau des erneuerten Brauchtums. Aber ach, dem Verleger ist ein Schnitzler unterlaufen, der mit Bier garnicht abzuwaschen ist. Durch verschiedene deutsche Blätter geht der Enttäuschungssehre:

»Wie tief Otto, der Weber, in den Sinn  
des nationalen Feiertages der deutschen  
Arbeit eingedrungen ist, beweist er überdies  
auch mit der Aufforderung, besagtes Bierlied  
nach der Melodie der semitischen Loreley  
des Herrn Heine zu singen!«

Hier hört allerdings der Spaß auf. Die Loreley singen, sei es auch mit verbessertem Text — pfui Teufel! An diesem von der Reichsschrifttumskammer zugelassenen Verleger aus Leipzig kann man wiedermal sehen, was der Jud Heine getaugt hat.

## Die beste Demokratie

Tapfer im Bekennen, wie sie nun einmal sind, beschwerten sich die Naziblätter dauernd darüber, daß Hitlerdeutschland mit Diktaturstaaten in einen Topf geworfen wird. Neuerdings klagt die »Preußische Zeitung« (Nr. 103):

»Das ist nun der Hauptfehler Edens und so vieler anderer Engländer, daß sie sich diesen Sammelbegriff »Diktaturen« zu recht gemacht haben. Da werfen sie dann den Nationalsozialismus und den Faschismus in einen Topf und meinen dann, sie hätten die Bildung »ideologischer Blöcke« in Europa verhindert... Adolf Hitler ist kein Diktator, sondern ein Volksführer, der in einem Maße das Vertrauen seiner Volksgenossen hat wie auch nicht ein einziger Regierungschef in irgendeinem der »demokratischen« regierten Länder.«

So groß ist das Vertrauen der Volksgenossen, daß freie Wahlen nicht mehr vorgenommen werden brauchen, zumal sie die Volksmeinung doch nur unvollkommen widerspiegeln würden. Die Presse müßte geknebelt und ein allgemeiner Maulkorb müßte verhängt werden, weil sich sonst die allgemeine Begeisterung für das Hitlersystem allzu lärmend austoben würde. Und die Betriebswahlen müßten abermals verschoben werden, weil das Votum für das braune System ja doch voraus zu sehen ist und die Unkosten all so überflüssig sind.

In einem Artikel der »Schlesischen Monatshefte — Zeitschrift für nationalsozialistische Kultur des deutschen Südostens« (Aprilheft d. J.) über den Breslauer Sender und dessen glorreiche Wirksamkeit unter Hitler, wobei besonders zu berücksichtigen wäre, daß jetzt sein Intendant — jawohl Intendant — der frühere »Führer« der nationalsozialistischen Rundfunkbörgerorganisation und »Gaufunkwart«, ein bankrotter kaufmännischer Vertreter namens Kriegler — nach der Austreibung der »Marxisten« — geworden ist.

## Es geht aufwärts

Gewiß, um den deutschen Wohnungsbau ist es schlecht bestellt. Aber wer da glaubt, es würden nur Kasernen und Parteipaläste errichtet, der irrt sich. Die ostpreußischen Blätter z. B. melden stolz:

»In Tilsit soll der Um- und Erweiterungsbau des Gerichtsgefängnisses fertiggestellt werden. In Insterburg wird der Erweiterungsbau für die Justizbehörden fortgesetzt und es kommt die Aufstockung des alten Baues hinzu. In Treuburg ist der Beginn des Neubaus eines Geschäfts- und Gefängnisgebäudes für das Amtsgericht vorgesehen. In Allenstein werden die inzwischen begonnenen Um- und Erweiterungsbauten für das Land- und Amtsgericht fortgesetzt, wofür ebenfalls neue Mittel bereitgestellt worden sind. In Wartenburg ist der Beginn eines Ausbaues der Strafanstalt vorgesehen. In Stuhm wird der Erweiterungsbau beim Stuhmer Zentralgefängnis weiter fortgesetzt.

Und Ostpreußen ist nur ein kleiner Teil des großen Dritten Reiches. Deutschland wird immer schöner!



# Die Minder-Entlohnnten

## Lohnentziehung an Schwerbeschädigte

Der Reichsarbeitsminister äußert sich im »Völkischen Beobachter« wieder einmal über Wesen und Ziel der nationalsozialistischen Sozialpolitik. Die Sozialpolitik sei im Gegensatz zu früher nur auf die Volksgesamtheit abgestellt und das Wort von der Gemeinschaft gewinne gerade im Bereich des Sozialen tiefen Sinn und letzte Bedeutung.

Wenn diese letzte Proklamation nicht nur Schaumschlägerei wäre, dann müßte »das neue Deutschland« seine Ehre darin setzen, vor allem den körperlich behinderten Arbeitern oder den körperlich schwächlichen Menschen einen erhöhten sozialen Schutz angedeihen zu lassen.

Die Praxis ergibt das Gegenteil. Seit Hitlers »sozialer Erneuerung« ist mit den Schwerbeschädigten und den nach der Nazi-Gesetzgebung »Minderentlohnnten« noch nie derartig Schindluder getrieben worden, wie in der neuesten Zeit.

Der Schwerkrankenbeschädigten war durch Gesetz, im Falle der Erkrankung nicht nur die Fortzahlung des Lohnes, sondern auch die Erhaltung des Arbeitsplatzes zugesichert worden. Diese Bestimmung war ebenso zwingendes Recht, wie die Gehaltszahlung im Krankheitsfall an die Privatangestellten. Aber im Dritten Reich ist heute jedes soziale Recht abdingbar geworden. Wozu gäbe es denn eine Nazi-Rechtsprechung.

Da hatten einige erfinderische Volksgenossen Unternehmer für die vielgerühmte Betriebsordnung nämlich folgende Klausel erdacht:

»Der Lohn wird nur für wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt.«

Es findet sich auch sofort das Landesarbeitsgericht Köln, um einen in seinem gesetzlichen Lohnanspruch geprellten Schwerbeschädigten mit seiner Klage abzuweisen. Das L.-G. erklärt, daß mit diesem Gesetz dem Unternehmer durch die Fortzahlungspflicht des Lohnes eine Last aufgebürdet wird, die sich »hart« auswirken müsse. Welche soziale Anarchie bedeutet es, wenn heute in Deutschland ein gesetzlicher Lohnanspruch einfach durch die vom Betriebsführer diktierte Betriebsordnung aufgehoben werden kann. Der Schwerbeschädigte durfte im Krieg sein Leben und seine Gesundheit der Gesamtheit opfern und für den Unternehmer ist es »hart«, für einige Wochen Lohn an den erkrankten Arbeiter zu bezahlen. So sieht die »nationale Moral der Nazi-Volksgemeinschaft« im Arbeitsleben aus.

Es handelt sich aber nicht nur um einen Einzelfall, sondern um ein System. Der Nazi-Grundsatz von der Minderentlohnung ist heute als Zeichen der »nationalsozialistischen Sozialpolitik« allgemein zur Einführung gelangt. Eine typische Formulierung für diesen Lohnbetrug enthält die Tarifordnung für Land- und Forstarbeiter in Brandenburg. Dort heißt es:

»Gefolgschaftsmitglieder, die infolge Krankheit, hohen Alters oder Invalidität minderleistungsfähig sind, können unter den Lohnsätzen dieser Tarifordnung entlohnt werden. Die Minderentlohnung richtet sich nach dem Grad der Minderleistungsfähigkeit. Sie wird auf Grund einer Beratung im Vertrauensrat vom Betriebsführer festgesetzt und ist vom Betriebsführer in jedem Falle sofort dem Reichstreuhänder schriftlich anzuzeigen.«

Die DAK hat den traurigen Mut, diesen sozialen Zustand unter der Ueberschrift »Wahre Arbeitskameradschaft zwischen landwirtschaftlichem Betriebsführer und seiner Gefolgschaft« zu verteidigen. Die Minderentlohnung, so meint dieses Verräterblättchen, sei ja nur eine Kannbestimmung, als wenn für den Unternehmer diese Ermächtigung nicht genügt, um seinem Arbeiter den Anspruch des vollen Lohnanspruchs zu rauben. Außerdem, so wird argumentiert, wäre die Lohnkürzung sofort dem Treuhänder zu melden, der sie innerhalb zweier Monate aufheben kann. Derselbe Treuhänder, der diese Schand-Tarifverordnung genehmigt und sanktioniert hat, sollte sie aufheben, wenn der Unternehmer die ihm wichtigen Bestimmungen ausnutzt?

Die Arbeitsfront macht aus der schlimmsten Ausbeutungsklausel noch eine gemeinnützige Tat und schreibt:

»Jeder landwirtschaftliche Betriebsführer muß sich darüber klar sein, daß die Minderleistungsklausel nicht irgendwelchen privatwirtschaftlichen Interessen dienstbar gemacht werden darf.«

Die Nazis scheinen die deutschen Arbeiter immer noch für reichlich dumm zu halten, wenn sie ihnen angesichts dieses schlimm-

sten Lohnbetrugs eine Gemeinnützigkeit ihrer Ausbeuter vortäuschen möchten.

Es gibt für diese Methode noch nicht einmal irgendwelche Rechtsbegriffe, was unter Minderleistungsfähigkeit zu verstehen ist. Es gibt nach den eigenen Aussagen der Nazis genug Betriebsführer, die bei einem 40-jährigen Arbeiter bereits ein »hohes Alter« vorfinden. Der Begriff Krankheit und Invalidität ist nicht minder auslegungsfähig. Das alles definiert der Unternehmer nach seinem Ermessen. Die Unterhaltung mit dem von ihm ernannten Vertrauensrat bleibt eine Farce. Seit wann lassen sich Sklavenhälter von einem Gremium ihrer Sklaven beeinflussen?

Die ganze Einrichtung der Minderleistungsfähigen ist um so bedeutungsvoller, als bekanntlich die Freizügigkeit der Arbeiter praktisch aufgehoben ist. Die Arbeiter sind an den Betrieb gebunden und werden in den Diensten ihres Betriebsführers älter. Diese alten Gefolgschaftsmitglieder müssen sich, wenn sie ein »hohes Alter« erreicht haben, gefallen lassen, daß eine neue Arbeitsteilung vorgenommen wird. Ihre bisherige Funktion wird jüngeren Arbeitern übertragen und sie rücken in die Gruppe der Minderentlohnnten ein. Da heißt es so schön:

»Die Behandlung der alten Gefolgschaftsmitglieder ist also ganz besonders durch die Fürsorgepflicht des Betriebsführers umrissen.«

Diese unsoziale Waffe gibt das Hitlerregime ausgerechnet den Großgrundbesitzern in die

Hand. Die DAK bringt an anderer Stelle eine Polemik gegen die Monatschrift »Deutschlands Erneuerung«, in der die Großgrundbesitzer bestritten hatten, daß die Latifundien eine Gefahr für das Volk bedeuten. Plötzlich entdeckt die Arbeitsfront, daß man die Katze aus dem Sack gelassen hätte, und sagt:

»Diese Politik kann nicht vorübergehen an dem schreienden Mißverhältnis, daß 0,44 Prozent aller Eigentümer von Grund und Boden fast ein Drittel des gesamten in privater Hand befindlichen Bodens besitzen. Das ist eine Fläche, auf der eine Million Bauernfamilien die Lebensgrundlage des deutschen Volkes vergrößern könnten.«

Dieser Propagandaartikel gegen die Erhaltung der Fideikomisse soll vortäuschen, daß den Nazis das Wohl der Landarbeiter am Herzen liege. Gleichzeitig aber wird dieser Sippe das Landproletariat mit der Tarifbestimmung von der zulässigen willkürlichen Minderentlohnung mit Haut und Haar ausgeliefert. Diesem Großgrundbesitzer ruft die DAK heuchlerisch zu:

»Ein Führertum aber, das rein im Blut ist, geht unter, wenn es nicht andererseits die Möglichkeit hat, auch wirtschaftlich und gesellschaftlich auf einer Höhe zu stehen, daß es in der Lage ist, ständig den Anforderungen gerecht zu werden, die Staat und Volk an dieses Führertum stellen.«

Uns will scheinen, als trübe diese Perspektive des Unterganges nicht nur auf die Großgrundbesitzer, sondern auch auf die ihnen dienenden Nazi-Großmäuler zu.

## Hitlers Spuren in der deutschen Sozialversicherung

### Die Arbeiter sollen für die Opfer der Fabrikschinder bezahlen

Fast unmittelbar nach unserer Veröffentlichung in der vorigen Ausgabe des »Neuen Vorwärts« über die bestürzende Vermehrung der Fälle von schwerer Berufskrankheit im Dritten Reich hat der Reichsarbeitsminister den Redaktionen der Fachpresse — wir entnehmen die Angelegenheit beispielsweise der letzten Nummer der »Deutschen Medizinischen Wochenschrift« — folgende Information, die das üble Kapitel von wieder-aufgestandener Staublunge und Bleivergiftung des arbeitenden deutschen Menschen noch weiter illustriert, übermittelt:

»Am 1. 4. ist eine Neuregelung der Berufskrankheitsentschädigung in Kraft getreten. Neu entschädigt werden die schweren Asbeststaublungen und gewerbliche Hauterkrankungen, die zum Wechsel des Berufes usw. zwingen, sowie Erkrankungen an halogenisierten Kohlenwasserstoffes der Fettreihe. Die neu einbezogenen Erkrankungen werden auch rückwirkend erfaßt, sofern die Erkrankung nach dem 30. I. 33 aufgetreten ist.«

Man muß sich das Datum besonders merken, von dem ab den deutschen Sozialhygienikern und Versicherungsbehörden Gewissensbisse zu haben nunmehr reichsministeriell vorgeschrieben wird! Denn schließlich ist ja wohl eine schwere Asbeststaublung eine Asbeststaublung, ob sie nun vor dem berüchtigt-berühmten Tag der »Machtergreifung« Hitlers erworben worden ist, oder nach ihm. Nur — gab es sie überhaupt noch vor dem »Aufbruch der Nation«, wenigstens in solcher Zahl und Schwere, daß sich die Behörden davon beunruhigt fühlen mußten? Das scheint auch von den Hitlerbehörden verneint zu werden, wenn das gewählte »rückwirkende« Datum überhaupt einen Sinn haben soll. In der Tat braucht man sich ja auch nur die hier angezogene Berufserkrankungsliste, deren Dringlichkeit für die neu-geregelten Fürsorgemaßnahmen herausgestellt wird, genauer anzusehen: Es sind die typischen Erkrankungen, denen der moderne Rüstungssklave in den Prozeduren mit Giftsäuren und Todesgasen ausgesetzt ist. Mag sein, daß das jetzt die große »Konjunktur« in der ganzen »zivilisierten« Welt ist; aber — wer in der Welt hat den Anfang damit gemacht und damit die Schuldfrage von vornherein und mit voller Ueberlegung auf sich genommen? Wer vor allem hat seine Kriegsvorbereitung von den ersten Anfängen an an die totale Versklavung seiner schaffenden Menachen, an ein soziales Schreckensregime sondergleichen in der Geschichte geknüpft? Die Antwort kennt jeder: das System, das am »30. I. 33«, dem historischen Stichtag für deutsche

Asbestlungen, Europa in seinen gegenwärtigen Zustand stürzte...

Und dabei — wohlgerückt! — auch noch alles ruiniert, was sie selbst als den besondern Inhalt der »vierzehn Jahre der Schande« zu buchen gewohnt sind: vor allem Deutschlands früher vorbildliche Sozialversicherung. Denn es ist ganz klar, daß die sozialpolitischen Zustände der Hitlerzeit, die gewaltige Kürzung des Realeinkommens der Arbeiter, ihre Hintenherum-Besteuerung, die Verneinung der schlimmsten Berufskrankheiten auf das doppelte, unmittelbar auf das ganze Gefüge der mannigfaltigen sozialen Einrichtungen in destruktiver Weise drücken. Kein Wunder also, wenn zum Beispiel die »Soziale Praxis« im selben Zusammenhang, in dem sie die rein statistische Feststellung ungeheurer Industrieunfallhäufigkeit für das Dritte Reich trifft (Heft 15 ds. Jgs.), gleich anschließend frank und frei erklärt, daß es ihr immer mehr

»deutlich wird, daß eine endgültige Sanierung (der deutschen Sozialversicherung) ohne Beitragserhöhungen in den Rentenversicherungen nicht erreicht werden kann.«

Das Dritte Reich ist also gehalten, eine Art Sonder- und Ausnahmesteuer für alle Arbeitenden einzuführen, um halbwegs seinen Verpflichtungen gegen die Opfer seines »deutschen Sozialismus« nachkommen zu können! Mit anderen Worten: die Proleten haben ihre eigenen Krücken und Prothesen, die sie sich auf dem »Felde der Ehre« und der Arbeit erwerben, selbst zu bezahlen. Auch der Brettersarg nach den »Kameradschaftsabenden« ist mit nichten gratis... H. E.

## Zahlen beweisen!

Wie gründlich es die Nationalsozialisten verstehen, selbst die wirtschaftlich und finanziell gestündeten Unternehmungen der Arbeiterschaft zugrunde zu richten, dafür gibt die Entwicklung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz einen drastischen Beweis. Dieser Konsumverein war einmal einer der stärksten und besten. Bisher ist er der Auflösung nur entgangen, weil sich die frühere Verwaltung bei der Etablierung der Hitlerdiktatur mit einer Geschwindigkeit gleichschaltete, gegen die selbst Hexerei nichts ist.

So sehr sich nun aber auch die vernazte Verwaltung bemüht, in den früher sozialdemokratisch gesinnten Konsumvereinsmitgliedern die Illusion zu erhalten, daß der Konsumverein noch immer ihr Unternehmen ist und daß sich seine Bedeutung und sein Wesen nicht geändert hätten, so wenig kann sie verhindern, daß sich mehr und mehr die Erkenntnis durchsetzt, daß die Mitglieder

ohne jeden Einfluß auf den Konsumverein sind und daß ihnen ihr Eigentum von den Nazis geraubt worden ist und jetzt systematisch zerstört wird.

Da der Massenaustritt durch Terror unmöglich gemacht wird, bringen die Mitglieder die Konsequenz dieser wachsenden Erkenntnis auf anderem Wege zum Ausdruck. So ist der Kaufstreik eine sich noch immer ausbreitende Erscheinung. Auch der letzte Geschäftsbericht muß wieder einen sinkenden Umsatz melden, obwohl das Jahr 1936 nach den amtlichen Versicherungen ein starkes Abfallen der Arbeitslosigkeit und ein beträchtliches Steigen des Arbeitskonsums gebracht haben soll. Es betrug der Umsatz des Konsumvereines:

1936	20.871.473 Reichsmark
1935	21.123.557 „
1934	21.447.856 „
1933	26.012.368 „
1932	34.135.734 „

Seit 1932, dem schlimmsten Krisenjahr, von dem ab sich eigentlich der Umsatz wieder hätte heben müssen, ist demnach ein weiterer Rückgang um 13.264.261 Reichsmark oder um 38,9 Prozent zu verzeichnen.

Ueber den Umfang der Vertrauenserschütterung gibt die Entwicklung der Spareinlagen Aufschluß. Sie betragen:

1936	4.347.393 Reichsmark
1935	4.749.204 „
1934	4.892.422 „
1933	6.430.030 „
1932	10.606.003 „

Also auch hier ein anhaltender Rückgang, in dem sich der Zusammenbruch des Vertrauens der Mitglieder kundgibt!

Obwohl der Terror die Massenflucht der Mitglieder verhindert und eine großzügige Mitgliederwerbung während des ganzen Jahres im Gange war, geht der Rückgang der Mitgliederzahl auch nach dem starken Absturz im Jahre 1933 noch weiter. So waren am Schluß des Geschäftsjahres 1934 63.031 Mitglieder vorhanden, am Ende des letzten Geschäftsjahres aber nur 55.066!

Die Naziverwaltung hat den Bericht stark frisieret, um die Mitglieder darüber hinwegzutäuschen, daß auch dieses einst so kräftige genossenschaftliche Unternehmen der Leipziger Arbeiterschaft der Zerstörung entgegengeführt wird und daß mit der in Aussicht genommenen endgültigen Liquidation der vollständige Raub seinen Abschluß finden wird.

## Ziegel-Weistum

„Genau so einfach und schlicht wie ihre Worte waren die Gaben, die einige Arbeiter dem Führer mitgebracht hatten: Das originellste Geschenk überreichte ein Arbeiter aus der Lüneburger Heide: einen alten Dachziegel, auf dem die Worte »Hitlerziegel« eingebraunt waren. Der Ziegel stammte von einem Hause aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts und war jetzt bei einem Neubau gefunden worden.«

»Der Westene«, Berlin, Nr. 119.

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1,40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18,—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2,— (Kč 24,— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien: Belg. Frs. 2,45 (29,50), Bulgarien Lew 8,— (96,—), Danzig Gold. 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3,—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4,— (48,—), Frankreich Frs. 1,50 (18,—), Großbritannien d. 4,— (Sh. 4,—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lir. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54,—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pf. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6,—), Portugal Esc. 2,— (24,—), Rumänien Lei 10,— (120,—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA 0,08 (1,—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.504. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.065. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.